

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,50 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch 12. März 1930 ...

Die einseitige Wappentafel ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37536. - Bank des Arbeiters ...

Starke Mehrheit für den Young-Plan. Schwache Mehrheit für den Polenvertrag.

Der Reichstag nahm gestern in 2. Lesung die Young-Gesetze an. Die entscheidende Abstimmung über Art. 1 ergab 263 Ja, 174 Nein, 25 Enthaltungen.

Die Regierung Hermann Müller, die vielgeschmähte, selten gelobte, hat einen Erfolg zu verzeichnen. Der Reichstag hat die Abstimmung über den Young-Plan zu dem Zeitpunkt, den der Reichskanzler bestimmte, vorgenommen, und er hat mit großer Mehrheit im Sinne der Regierung entschieden.

Die Bedenken des Zentrums wegen der Finanzpolitik sind durch die Verhandlungen, die es mit der Sozialdemokratie, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei führte, beschwichtigt worden.

Gestern vormittag war, wie bereits gemeldet, der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Dr. Brüning, beim Reichspräsidenten. Die Unterredung war vertraulich, doch scheint die Reichspressen über sie recht gut unterrichtet zu sein.

Als Dr. Brüning gestern im Reichstag von „heute abgegebenen bedeutsamen Erklärungen“ sprach, bezog man dies allgemein auf seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten.

Artikel 72. Die Verkündung eines Reichsgesetzes für um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstags verlangt.

Artikel 73. Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Sollte die Opposition heute die Aussetzung beantragen, so wird dieser Streich wahrscheinlich durch die Mehrheit des Reichstags und des Reichsrats sowie durch den Reichspräsidenten pariert werden.

Man kann also die Prophezeiung riskieren, daß der Kampf um den Young-Plan mit dem heutigen Tage glücklich beendet sein wird.

Der Generalkrat der Reichsbank wählte einstimmig an Stelle des ausscheidenden Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht den Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums mit Wirkung vom 3. April d. J.

Die historische Nachmittagsitzung des Generalkrats der Reichsbank, in der Dr. Schacht vor seinem Wahlkollegium zurücktrat und Dr. Luther zu seinem Nachfolger bestimmt wurde, hat zwar fast zwei Stunden gedauert, die Wahl des neuen Reichsbankpräsidenten war aber innerhalb fünf Minuten vollzogen.

Die Bestätigung Dr. Luthers durch den Reichspräsidenten Hindenburg dürfte bald erfolgen, da das Reichskabinett mit der Wahl Luthers einverstanden war.

Luthers Laufbahn.

Der jetzige Reichsbankpräsident war bis zum Jahre 1922 Oberbürgermeister von Essen. Der Reichskanzler Cuno berief ihn zum ersten Male in ein ausgesprochen politisches Amt, und zwar als Reichsernährungsminister.

der Rest des Monats wird dem Finanzprogramm gehören, das nach dem Wunsche der Regierung bis zum 24. März erledigt sein soll.

Die Unterredung Hindenburg-Brüning. Ueber die Unterredung, die der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, der Abg. Brüning, am Dienstag vormittag mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg hatte, wird aus Zentrumskreisen mitgeteilt, daß in dieser Unterredung der Reichspräsident erkennen ließ, daß eine Annahme des Young-Plans mit einer nur geringen Mehrheit ihn vor die Frage stellen würde, ob der Young-Plan erneut zum Volksentscheid gestellt werden soll.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion betonte, daß die Zentrumsfraktion aus vaterländischem Verantwortungsbewußtsein unbedingt Sicherheit dafür haben müsse, daß rechtzeitig die Gesetze zur Sicherung der Reichsfinanzen in Kraft treten.

Luther einstimmig gewählt.

Am 3. April Amtsantritt des neuen Reichsbankpräsidenten.

Seine Entwicklung deutlich nach rechts vollzogen hatte, über der Fliegenverordnung, sollte dann zum Nachfolger des damals schwer kranken Generaldirektors der Reichsbahn Direktor Defer bestimmt werden, was der Verwaltungsrat der Reichsbahn durch die Wahl Dopfmüllers aber verhinderte.

Drei Schlappen Lardieus an einem Tag!

Lardieus Finanzminister bereiten ihrem Häuptling schon jetzt fast täglich Sorgen. Der alte, Renaud, bekannt aus seinen Geheimverhandlungen mit Reichberg und den Deutschnationalen, im Flußberuf Warenhausbesitzer eines großen Konzerns in Mexiko, hatte sich allzu offenherzig über die Börsenlage ausgesprochen und sich dem begründeten Verdacht spekulativer Manöver ausgeliefert.

nicht weniger als zweimal von der Lardieuschen Mehrheit kläglich im Stich gelassen, einmal mit 303 gegen 270, das zweitemal mit 320 gegen 255 Stimmen.

Zu allem Unglück hat jetzt noch die Finanzkommission der Kammer Lardieu den Krieg erklärt. Mit 12 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen hat sie ihm am Dienstag mittag die Kredite für seine neugeschaffenen Minister und Unterstaatssekretärposten verweigert.

läufig noch in der Luft. Wenn auch schließlich die Kammer die Entscheidung der Finanzkommission widerrufen wird, so ist damit doch das Ansehen des Kabinetts nicht gesteigert worden.

Geldzeug hat im Plenum die erste große Offensive gegen das zweite Kabinett Lardieu eingeleitet. In seiner Regierungserklärung hat Lardieu, um die Gruppe des linken Zentrums zu fördern, angekündigt, daß sofort die untere Klasse der Gymnasien und Realschulen schulgeldfrei sein soll. Die Linksparteien verlangen aber jetzt, daß diese Maßnahme, die als erster Schritt für die Einheitschule zu werden ist, alljährlich auf eine neue Klasse ausgedehnt wird und die Regierung schon jetzt ein entsprechendes bindendes Versprechen ablegen soll. Die Rechtsparteien protestieren natürlich, denn nur durch Schulgeldfreiheit in den staatlichen, unter dem Zeichen der Volkserziehung geführten Schulen müßte der Zulauf zu den privaten konfessionellen Schulen stark zurückgehen. Lardieu selbst läuft Gefahr, sich bei der Debatte zwischen zwei Stühlen zu sehen: entweder er verdirbt es mit der ultrakatholischen Rechten oder mit der Mitte. Er hat daher durch seinen Budgetminister Germain-Martin ankündigen lassen, daß er sich neutral verhalte, auf die Stellung der Vertrauensfrage verzichte und der Kammer allein die Entscheidung überlasse.

Der Büffel von Weimar.

Hugenberg bei Straßer unten durch.

Das hat Hugenberg um die Nationalsozialisten nicht verdient, daß ihn Herr Georg Straßer einen „Büffel von Weimar“ nennt! Das kam so: Am Montag stimmte der Reichstag der Aufhebung der Immunität der nationalsozialistischen Abgeordneten Buch, Feder, Goebbels und Straßer zu. Die Deutschnationalen haben es gewagt, nicht gegen die Aufhebung zu stimmen, und nun deklariert Straßer in seinem Blättchen:

„Und nun ergab sich das Unglaubliche:

Die Deutschnationalen enthielten sich in allen Fällen der Stimme — stimmten sogar im Fall Goebbels („Hochverrat“) dem Auslieferungsbegehren der Marxisten zu! Diese schamlose Haltung der Deutschnationalen als Büffel des Systems von Weimar gegen deutsche Freiheitskämpfer hat die ganze Feigheit und Käufligkeit dieser abgewirtschafteten Partei kundgetan.“

Deutschnationaler Dolchstoß — so nennt es Herr Straßer. Er hat sich dabei eine ganz kleine Notiz erlaubt: denn Herr Goebbels soll sich nicht wegen Hochverrats, sondern wegen Beschimpfung des Reichspräsidenten verantworten. Daher die Zustimmung der Deutschnationalen — sie wollten nicht Goebbels über Hindenburg stellen. Herr Straßer hat das Delikt des Herrn Goebbels mehr als Putschführer-Heldenhafte zu drehen versucht — er scheint selbst dabei nicht ganz solidarische Gefühle zu haben.

Anders Herr Goebbels selbst. Der macht mit seiner Hindenburg-Befehdung Reklame. Stolz auf sein Strafverfahren in der Hafentrepräsentation:

„Hindenburg stellt Straßentrug gegen Dr. Goebbels wegen eines Artikels in der Berliner Zeitung „Der Angriff“. Probeurteil kostlos.“

Herr Goebbels kennt seine Leute, er meint, daß ein Blatt, in dem Hindenburg angepöbelt wird, unter ihnen Interessenten findet.

Der Kommunist mit der blauen Brille.

Er riß aus wie Ludendorff.

Mit. 11. März. (Eigenbericht.)

Im Zusammenhang mit dem Prozeß wegen der Wördenener Vorgänge veranstalteten die Kommunisten in Weimar eine Demonstration. Sie benahmen sich dabei so, daß die Polizei in drei Fällen gewarnt war, mit dem Gummiknüppel einzuschreiten. Mehrere Personen wurden festgenommen. Die Führer der Demonstration hatten sich natürlich auch wieder rechtzeitig verdrückt. Sie folgten damit dem Beispiel des kommunistischen Hauptlings Thilmann aus Neumünster, der sich kürzlich eine blaue Brille aufsetzte und schnellstens auswich, als die Polizei gegen einen Trupp demonstrierender Kommunisten vorging.

Die Polizeistunde.

Äußerste Grenze 1 Uhr nachts.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags setzte die zweite Lesung des Gaststättengesetzes am Dienstag beim § 14 fort, der die Polizeistunde behandelt, die nach den Beschlüssen der ersten Lesung für das Reich auf 1 Uhr nachts festgelegt worden war. Nach längerer Aussprache, in der sich die Vertreter Preußens, Bayerns und Württembergs dahin ausgesprochen hatten, daß der Regelung der Polizeistunde durch die Länderregierungen nicht vorgegriffen werden solle, erhielt der § 14 folgende Fassung:

Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde hat Bestimmungen über die Festsetzung und Handhabung der Polizeistunde in Gast- und Schankwirtschaften nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes zu erlassen, soweit dies nicht schon geschehen ist. Dabei ist anzuordnen, wann die Polizeistunde beginnt und wann sie endet, unter welchen Voraussetzungen sie verlängert oder verkürzt werden darf und wie ihre Einhaltung zu überwachen ist. Die äußerste Grenze für die Festsetzung der Polizeistunde ist 1 Uhr nachts, sofern nicht besondere örtliche Verhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen, worüber die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde entscheidet. Der Ausschuss von Branntwein in Gast- und Schankwirtschaften, sowie der Kleinhandel mit Branntwein darf nicht vor 7 Uhr früh beginnen. Der Ausschuss vertagte die Weiterberatung auf Mittwoch.

Vom Ramsch.

Im Chemnitzer Stadtparlament erwiderte der „linientreue“ Kommunist Besätze auf sozialdemokratische Angriffe:

„Dawohl, wir haben unser Eigentum verkauft und mit den gewonnenen 15 Millionen kaufen wir Karabiner und Maschinengewehre.“

Dieser Kusschneider! Als ob für die bankrotten kommunistischen Betriebe ein Mensch 15 Millionen Mark geben würde oder gar schon gegeben hat!

Youngplan = Abstimmungen

Große Mehrheit im Reichstag.

Der Reichstag erledigte am Dienstag nachmittags keine Vorlagen. Zum Einspruch des Reichsrates gegen den Reichstagsbeschluss, daß Rückflüsse aus Wohnungsbauangeboten wieder nur hierzu verwendet werden sollen, beantragt der Wohnungsausschuss Abweisung. Es wird angeregt, diesen Beschluss erst nach dem Haushaltsausschuss zu überweisen.

Abg. Eiplast (Soz.) spricht als Berichterstatter dagegen, da der Finanzausschuss in keiner Weise durch diesen Gesetzentwurf berührt wird; der Reichsrat behauptet zu Unrecht das Gegenteil.

Die neue Ausschussberatung wird gegen die Wirtschaftspartei und andere reaktionäre Gruppen abgelehnt. Zur Sache spricht

Abg. Eiplast (Soz.) als Berichterstatter: Die Rückflüsse aus den 4 Milliarden Hauszinssteuer, die dem Wohnungsbau zur Verfügung stehen, betragen jetzt 40 bis 50, später 120 Millionen jährlich. Es handelt sich darum, diese großen Beträge dem Wohnungsbau und der Erhaltung der Neubausammlungen zu sichern.

Abg. Trochmann-Kürnbach (Bayer. Vp.): Den Ländern werden aber dadurch notwendige Mittel entzogen.

Abg. Schumann-Leipzig (Komm.): Der preussische Finanzminister hat sogar schon Ansprüche auf die Wohnbaugelder angemeldet. Eine neue Mieterhöhung ist nur aufgeschoben.

Abg. Frau Kurfürst (Soz.):

Wir haben alles Verständnis für die Finanzschwächen der Länder und Gemeinden, aber bei dem Rückgang der Wohnbauaktivität und der so schwierigen Lage des Baumarktes darf man nichts tun, was den Wohnbau noch mehr schädigen könnte. Man hat im Ausschuss behauptet, daß die Länder dafür bedeutend mehr zur Verfügung gestellt hätten, als sie mußten; besonders Breußen hat darauf gepöbel. Wir verlemen das nicht, aber die Rückflüsse müssen für den Wohnungsbau gesichert werden, und das darf nicht bis zur Neuregelung des allgemeinen Finanzausgleichs hinausgeschoben werden. Der Wohnungsbau muß noch weitere Mittel erhalten, sollen Wohnungsnot und Wohnungselend nicht noch gesteigert werden. Aus diesen Gründen stimmen wir gegen den Einspruch des Reichsrates. (Beifall der Soz.)

Nach weiterer Debatte, in der Abg. Ferkel (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag zur Sicherung der Verwendung der Rückflüsse aus den Wohnbaugeldern wiederum für den Wohnbau befürwortet und Abg. Cade (Wirtsch. P.) diesen Antrag bekämpft, folgt die namentliche Abstimmung über den Auslieferungsantrag auf Aufrechterhaltung des früheren Reichstagsbeschlusses unter Zurückweisung des Einspruchs des Reichsrates.

Der Auslieferungsantrag wird mit 421 gegen 42 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen. Es ist somit die Zweidrittelmehrheit erreicht, die notwendig ist, um einen Einspruch des Reichsrates gegen einen Reichstagsbeschluss wirkungslos zu machen. — Offenbar um den Übergang zu den Abstimmungen über den Young-Plan zu verzögern, beantragen die Kommunisten über ihren Antrag gegen Mißweisung namentliche Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt, die Zahl der Abstimmenden ist noch um drei größer, als bei der ersten Abstimmung. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Es folgen

Die Abstimmungen über den Young-Plan.

Vor der Abstimmung verlas Abg. Dr. Brüning (Z.) folgende Erklärung des Zentrums: Da durch die neuerliche Entwidlung der Finanzverhandlungen, insbesondere auch durch die heute abgegebenen bedeutungsvollen Erklärungen die feste Gewähr gegeben ist, daß die Voraussetzungen für eine Zustimmung des Zentrums bildende sofortige Sicherung der Finanzen so erfolgen wird, daß rechtzeitig die erforderlichen Kosteneinsparungen fließen, hat sich die Zentrumsfraktion in ihrer Mehrheit entschlossen, dem vorliegenden Gesetz aus staatspolitischen Erwägungen ihre Zustimmung zu geben (Wärm und Lachen rechts) unter Erneuerung ihres Appells an alle zur Regierung stehenden Parteien, die zur Erreichung der unauflösbaren politischen Notwendigkeit der Finanzsanierung erforderlichen Maßnahmen zu verwirklichen. (Unruhe rechts.)

Abg. Söder (Komm.) erklärt, daß seine Fraktion die Anträge der Nationalsozialisten (Ungültigkeit der Kriegsschuldhaufen und der Reichswehrbegrenzung in den Versailles Bestimmungen) ablehne, da diese Anträge auf eine militärische und imperialistische Aufrüstung hinauslaufen. Die Kommunisten wollen eine proletarisch-revolutionäre Bereinigung des Friedensbills.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) — mit großem Hallo und allerhand Zurufen wegen der Biersteuer usw. begrüßt — gibt folgende Erklärung ab: Da die neue staatspolitische Entwidlung der Finanzfragen uns das Was, aber nicht das Wie genügend festgelegt erscheinen lassen, werden wir uns der Stimme enthalten. (Lobhalle Heiterkeit.)

Artikel 1 des Young-Plans wird in namentlicher Abstimmung, die von den Nationalsozialisten beantragt und von den Kommunisten unterstützt wird,

mit 263 gegen 174 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen. Mit Ja haben gestimmt die Sozialdemokraten, Demokraten und der größte Teil des Zentrums und der Deutschen Volkspartei; mit Nein

die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlich-Nationalen, Wirtschaftspartei und Kommunisten. Außer der Bayerischen Volkspartei haben sich auch einige Zentrumsabgeordnete und Deutsche Volksparteiler der Stimme enthalten.

Auch über den Artikel 2 wird auf Veranlassung der gleichen Parteien wie vorher namentlich abgestimmt. Die Annahme erfolgt mit 261 gegen 173 Stimmen bei 25 Enthaltungen. Artikel 3 wird in einfacher Abstimmung angenommen. Der Amnestieantrag Söder (Nat.-Soz.) zu Artikel 4 wird abgelehnt, die Artikel 4, 5 und 6 angenommen. Ein deutschnationaler Antrag, das Ersordernis verfassungsändernder Mehrheit in die Einleitung aufzunehmen, wird abgelehnt; für den Antrag, die zweite Rede Dr. Curtius' in der ersten Sitzung auf Staatskosten anzuschlagen, stimmen nur die Nationalsozialisten. (Heiterkeit.)

Das Reichsbahn- und das Reichsbankgesetz werden angenommen. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen — dessen Streichung beantragt ist — wird in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 207 bei 30 Enthaltungen angenommen.

(Pfuiruz rechts.) Diesmal haben mehr Volksparteiler und Zentrumseute dagegen gestimmt.

Das Liquidationsabkommen mit Großbritannien wird im Hammelsprung angenommen mit 254 gegen 177 Stimmen bei 7 Enthaltungen. (Pfuiruz rechts.) In namentlicher Abstimmung wird ein kommunistischer Antrag auf Einführung einer Bestimmung wegen der Liquidationsgeschädigten abgelehnt für die Liquidation der Hafentruerler erheben sich nur die Antragsteller. Damit sind die Abstimmungen über die Young-Plan-Gesetze erledigt.

Präsident Eöbe schlägt vor, die dritte Beratung heute, Mittwoch, 12 Uhr zu beginnen.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) beantragt Aufschlebung, bis das Wahlprüfungsgericht endgültig entschieden habe, ob das sogenannte Freiheitsgesetz angenommen oder abgelehnt sei. Ein anderes Vorgehen wäre rechtswidrig, wie es das ganze Vorgehen der Regierung gegen das Volksbegehren gewesen sei. Der Antrag Schmidt-Hannover wird abgelehnt, es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten. — Schluß 18 Uhr.

Die Abstimmungsliste.

Aus den amtlichen Abstimmungslisten ergibt sich, daß sich an der Abstimmung über den Gesetzentwurf über die Haager Konferenz, und zwar über den Artikel 1, der die Zustimmung zum Young-Plan und zur Rheinlandräumung vorsieht, drei Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht beteiligt haben und zwar die Abgeordneten v. Gilja, Hued und Königeler.

Vom Zentrum haben sich die Abgeordneten Borneseld-Eitmann und Heilmann der Stimme enthalten, während der Abgeordnete Dr. Fähr. Baden, gegen die Young-Gesetze gestimmt hat.

Das Abstimmungsergebnis, das zuerst den Anschein erweckt, als ob nach einer größeren Zahl von Mitgliedern der Regierungsparteien der Abstimmung fern geblieben sind, hat eine Berichtigung erfahren. Es sind tatsächlich 263 Stimmen für den Artikel 1 abgegeben worden. 174 Abgeordnete stimmten dagegen, 25 enthielten sich der Stimme.

Bei der Abstimmung über das Polen-Abkommen haben sich die Abg. Beder, Arnburg und Gerig vom Zentrum, die Abg. v. Gilja und Dr. Hugo von der Deutschen Volkspartei, sowie der Abg. Koch-Beser von den Demokraten nicht beteiligt.

Der Stimme enthalten haben sich außer den Vertretern der Bayerischen Volkspartei zwei volksparteiliche Abgeordnete, nämlich die Abg. Dr. Beder-Hessen und Cramm, sowie

11 Abgeordnete des Zentrums,

nämlich die Abg. Crone-Künzbrock, Dr. Drees, Heilmann, Hofmann-Ludwigshafen, Dr. Köhler, Dr. Krone, Reyses, Dr. Schreiber, Tremmel, Frau Weber und Wilkens.

Gegen das Polenabkommen haben acht Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und 18 Abg. des Zentrums gestimmt, und zwar von der Deutschen Volkspartei die Abg. Günter, Dr. Hoff, Hued, Janson, Königeler, Dr. Lauthausser, Schmidt-Düsseldorf und Dr. Schnee, vom Zentrum die Abg. Bed-Oppeln, Blum-Cresfeld, Borneseld-Eitmann, Diez, Damm, Ehrhard, Fähr-Baden, Hartwig-Oppeln, Dr. Hermes, Imbusch, Dr. Köhler, Reumann, Dr. Perlitius, Dr. Schetter-Röhl, Schlaf, Ullrich und Warne.

Auch dieses Abstimmungsergebnis hat eine Berichtigung erfahren. Das Polenabkommen ist mit 224 gegen 209 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen worden.

Um das neue Berlin.

Das Selbstverwaltungs-gesetz vom Staatsministerium angenommen.

Das Preussische Staatsministerium beschäftigte sich am Dienstag nachmittags eingehend mit dem Entwurf des vom Minister des Innern vorgelegten Selbstverwaltungs-gesetzes für Berlin.

Die Aussprache ergab als einmütige Ansicht des Staatsministeriums, daß der Grundgedanke des neuen Gesetzes, an die Stelle der alten Magistratsverfassung, mit der unter den heutigen Verhältnissen praktische Verwaltungsarbeit in Berlin nicht mehr zu leisten sei, die Bürgermeisterei-verfassung zu setzen, im Interesse der Stadt Berlin und der reibungslosen Bewältigung ihres großen Aufgabenkreises liege, und daß ihm daher unbedingt zuzustimmen sei.

Auch die Befragung der Einzelheiten des Entwurfs ergab keinerlei Meinungsverschiedenheiten von größerer Bedeutung. Einige Ergänzungsvorschläge, die an sich noch für den Ausbau des Gesetzentwurfes wünschenswert erschienen, sollen noch in das Gesetz hineingearbeitet werden.

Die Vorlage wird unverzüglich dem Preussischen Staatsrat zugeleitet werden.

Das neue Gesetz entfällt in insgesamt zehn Teile. Hievon müssen als besonders wichtig der zweite und der vierte Teil angesehen werden, die die Organe der Stadt Berlin und ihre Zuständigkeit behandeln. Die Verwaltungsorgane zerfallen a) in die Stadtgemeindeverwaltung und b) in die Bezirks-

verwaltung. Die Stadtgemeindeverwaltung setzt sich aus der Stadtdirektion, dem Stadtgemeindeausschuss, dem Oberbürgermeister und zur Verwaltung bestimmter Geschäftszweige einzurichtender Verwaltungsausschüsse zusammen. Die Bezirksverwaltung besteht aus Bezirksrat, Bezirksbürgermeister und Verwaltungsausschüssen.

Den Bestimmungen über die Stadtdirektion entnehmen wir: Die Stadtdirektion, deren Dauer der Wahlzeit vier Jahre beträgt, besteht aus 150 Stadtdirektoren.

Der Vorsitzende der Stadtdirektion mit vollem Stimmrecht ist der Oberbürgermeister.

Bei Stimmengleichheit gibt er den Ausschlag. Der Stadtgemeindeausschuss wird von der Stadtdirektion aus ihrer Mitte gewählt. Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses beträgt 29. Vorsitzender des Stadtgemeindeausschusses mit vollem Stimmrecht ist wieder der Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister wird von der Stadtdirektion gewählt. Zu seiner Vertretung werden ihm ein zweiter und dritter berufsunfähiger Bürgermeister, sowie die erforderliche Zahl berufsunfähiger Stadträte beigegeben. Der Oberbürgermeister, die Bürgermeister und die Stadträte werden auf zwölf Jahre gewählt. Zur Erhaltung der Einheitlichkeit der Verwaltung hat der Oberbürgermeister regelmäßige gemeinsame Besprechungen mit dem zweiten und dritten Bürgermeister, den Bezirksbürgermeistern und den Stadträten abzuhalten. Die zur Verwaltung bestimmter Geschäftszweige einzurichtenden Verwaltungsausschüsse sollen die

ihnen übertragenen Angelegenheiten als Organe des Oberbürgermeisters erledigen. Ueber die Einrichtung dieser Ausschüsse beschließt die Stadtvertretung, die auch die Mitglieder wählt. Vorsitzender der Ausschüsse ist der Oberbürgermeister, der seinen Vorsitz jedoch an einen Bezirksbürgermeister oder einen Stadtrat übertragen kann.

Die Gestalt der Bezirksverwaltung.

Maßverfassungsmäßig bestellte Organe der Bezirksverwaltung fungieren erstens der Bezirksrat, zweitens der Bezirksbürgermeister und drittens die Verwaltungsausschüsse. Der Bezirksrat besteht aus Bezirksverordneten, die auf vier Jahre gewählt werden. Die Zahl der Bezirksverordneten beträgt 24, sie kann durch Beschluß des Stadtgemeindeausschusses auf 30 erhöht werden. Vorsitzender des Bezirksrats mit vollem Stimmrecht ist der Bezirksbürgermeister. Dieser wird von dem Bezirksrat gewählt, zu seiner Vertretung sind ihm eine Anzahl berufsmäßiger Bezirksstadträte beizugeben. Die Bezirksstadträte führen die ihnen übertragenen Geschäfte unter verantwortlicher Leitung des Bezirksbürgermeisters.

Die Zuständigkeit der Organe.

In der Stadtgemeindeverwaltung liegt der Stadtvertretung vor allem die Feststellung des Haushaltsplanes sowie die Bewilligung und die Art der Deckung außerplanmäßiger Ausgaben, die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnungen, die Festsetzung von Gemeindeabgaben und Tarifen und die Aufnahme jedes Darlehens ab.

Der Oberbürgermeister ist befugt, an Stelle der Stadtvertretung oder des Stadtgemeindeausschusses dringende Maßnahmen zu treffen, die sofort ausgeführt werden müssen.

Beschlüssen der Stadtvertretung oder des Stadtgemeindeausschusses, die mit dem Stadtinteresse in Widerspruch stehen, hat der Oberbürgermeister die Ausführung zu versagen.

In der Bezirksverwaltung liegt dem Bezirksrat die Verwaltung der Angelegenheiten der Stadtverwaltung ob. Die weiteren Bestimmungen über die Zuständigkeit der örtlichen Verwaltung in den Bezirken sind durch Ortsräte zu treffen. In der Sitzung sind die Zahl und die Gliederung der Stadtverwaltungsbezirke und die von ihnen wahrzunehmenden Selbstverwaltungsangelegenheiten zu bestimmen.

Die Zahl der Bezirke darf zehn nicht überschreiten.

Bezirksrat und Bezirksbürgermeister unterliegen den Befehlen des Oberbürgermeisters, soweit auf den durch die Satzungen übertragenen Verwaltungsgebieten Richtlinien und Grundzüge aufgestellt sind. Im übrigen führen die Bezirksorgane die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft unter eigener Verantwortung.

Fried und die Volkshochschulen.

Rundgebung gegen den Antikulturminister.

Der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen hatte gestern die Vertreter der deutschen Presse geladen, um durch seinen geschäftsführenden Vorsitzenden Dr. Mann-Breslau dem Protest gegen die Maßnahmen des nationalsozialistischen Kultur- und Kultusministers Dr. Fried Ausdruck zu geben. Dr. Mann führte aus: Als die augenblickliche Regierung des Thüringischen Freistaates für das Jahr 1930 der Volkshochschule Thüringen die finanzielle Beihilfe verweigerte und die Verdienstrollen der Thüringischen Volkshochschullehrer Dr. Buchwald und Direktor Weißch, den Leiter des Volkshochschulheims Dreißigacker, auf Wartegeld setzte, wirkte dies wie ein Alarm. Die Maßnahme wird mit der Finanznot des Staates begründet. Dies ist aber nur ein Vorwand. Es handelt sich um eine rein politische Entscheidung. Die Erwachsenenbildung im Freistaat Thüringen hat sich im Zusammenhang mit dem Aufblühen der gesamten deutschen Volkshochschullehrerbewegung seit dem Jahre 1919 ausgezeichnet entwickelt. Zahlreiche Abendvolkshochschulen sind in den Thüringischen Städten, in Jena, Eisenach, Gotha und vielen kleineren Orten entstanden. Vor allem gelang es auch, eine umfassende ländliche Volkshochschulbildung aufzubauen. Kreisberatungstellen, Lehrerschulungszentren dienen der dauernden Steigerung der pädagogischen Qualität dieser Arbeit. Alles, was geschaffen wurde, soll nun durch Fried mit einem Federstrich beseitigt werden.

Mit dem Regierungswechsel in Thüringen trat eine unerwartete und sooft in keiner Weise berechnete Wendung ein. Der neue Minister hat in dem Haushaltsjahr für 1930 die Beihilfe für die Volkshochschule Thüringen kurzerhand völlig gestrichelt, außerdem sind die Mittel für die drei Wirtschaftsschulen Altenburg, Gotha und Jena vertragswidrig — es besteht ein Staatsvertrag zwischen dem Lande Thüringen und dem früheren Lande Neuh —, auch der größte Teil der Staatsbeihilfe für das Volkshochschulheim Tinz H gestrichelt worden, dagegen sollen die ihrer weltanschaulichen Richtung nach der jetzigen Regierung nahestehenden mehr oder weniger völkisch orientierten Volkshochschulheime Reudeten, Dorff und Verta den vollen Beitrag von zusammen 285 000 Mark erhalten, der ihnen bereits im vorigen Jahre aus der Staatskasse zufließt. Hierin tritt der rein politische Zweck der Entscheidung unverhüllt zutage, um so mehr, als die Nationalsozialisten schon im letzten Wahlkampf als eines ihrer Ziele die Verschlagung der thüringischen Volkshochschulen angegeben hatten.

Eine solche Haltung des thüringischen Staatsministeriums ist mit dem Artikel 143 der Reichsverfassung nicht vereinbar, in dem ausdrücklich der Schutz der Volkshochschulbildung vorgesehen ist. Sie vernichtet wertvollste Kulturarbeiten, die im Dienste des deutschen Volkes geleistet wird. Bis heute handelt es sich nur um eine Entscheidung des thüringischen Kabinetts. Die Entscheidung des Landtages steht noch aus. Es ist zu hoffen, daß im Weimarer Landtag auch die Mitglieder der bürgerlich-liberalen Volkspartei sich auf ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke besinnen. Es wäre eine Schmach, wenn dieser Kulturbau mit dem Namen Weimar vor dem In- und Auslande verbunden würde.

Der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen hat sich an das Thüringische Staatsministerium und den Thüringischen Landtag telegraphisch mit der Bitte gewandt, die bisher gewährten Mittel weiter zu bewilligen und die Abbaumaßnahmen rückgängig zu machen.

Südsächsische Demokraten gegen Bürgerbund. Die Landtagsfraktion der Demokraten in Sachsen hat beschlossen, den Versuch, einen neuen Bürgerbund auf den Trümmern der Nationalsozialisten zu bilden, nicht zu unterstützen.

Herr v. Gerlach teilt zu dem Brief des Reichswehrministers mit, daß sich das Dementi in der Hauptstadt auf Dinge bezieht, die er nie behauptet habe. Insbesondere habe er nie geschrieben, daß Oberst Nicolai Verbindungsman zwischen der Reichswehr und Moskau sei, oder daß General von Schleicher Beziehungen zu Oberst Nicolai habe. Er habe nur geschrieben, daß Nicolai Verbindungsman zwischen gewissen Offizieren in der Reichswehr und Moskau sei, und daß General von Schleicher die Ideen Nicolais teile.

Spaziergänger Ludendorff.



Ich wandle, wie zehn Jahr zuvor,
Ganz früh am Brandenburger Tor.

Bergebens spähe ich umher:
Es kommt nichts mehr, es kommt nichts mehr...

Erste Schlappe der Labour-Regierung.

Ein oppositioneller Antrag mit acht Stimmen Mehrheit angenommen.

London, 11. März. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus beschäftigte sich am Dienstag nochmals mit der Bergbaugesetzgebung der Regierung, die sich noch immer in dem zwischen der zweiten und dritten Lesung gelegenen sogenannten Komitee-Stadium befindet. Es liegen eine Reihe von liberalen Änderungsanträgen vor, bei denen sich die Regierung einer geschlossenen liberalen und konservativen Front gegenüber befindet. Obwohl die Lage der Regierung äußerlich keineswegs günstiger ist als bei früheren Gelegenheiten, bei denen sie mit knapper Not einer parlamentarischen Niederlage entging, so begann die Verhandlung am Dienstag doch in einer ruhigeren Atmosphäre. An Stelle der überaus knappen Regierungsmehrheit von voriger Woche erzielte sie am Dienstag beim ersten Änderungsantrag eine Mehrheit von 30 Stimmen. Das Abstimmungsergebnis wurde von der Fraktion der Arbeiterpartei mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen über die von der Opposition eingebrachten Änderungsanträge erteilt jedoch die Regierung eine Niederlage, da die Opposition 282 Stimmen aufbrachte gegenüber 274 Stimmen für die Regierung.

Keine Konsequenzen!

Wie wir in später Abendstunde durch Rückfrage bei unserem Londoner Bruderblatt „Daily Herald“ erfahren, handelt es sich bei dem Änderungsantrag der Opposition, der gegen den

Willen der Regierung angenommen wurde, um einen neben-sächlichsten Punkt der Vorlage, so daß

das Kabinett aus dem Abstimmungsergebnis keine Konsequenzen ziehen wird.

Die Absicht der vereinigten konservativen und liberalen Opposition war in diesem Falle lediglich, der Regierung eine moralische Niederlage beizubringen, nicht aber ihren Sturz herbeizuführen.

Weitere Abstimmungen über lebenswichtige Punkte der Vorlage sind in der zweiten Lesung nicht mehr zu erwarten. Wohl aber ist mit erneuten Kraftproben bei der dritten Lesung, die vermutlich in der nächsten Woche stattfinden wird, zu rechnen.

Die Bergbauvorlage, die im Namen der Arbeiterregierung vom Handelsminister Graham vertreten wird, bezweckt die grundlegende Reorganisation der englischen Kohlenindustrie. Sowohl die Arbeitszeitbedingungen der Arbeitnehmer und die Regelung ihrer Entlohnung, wie auch die Fragen des inneren Abflages und des Exportes sollen einer Neuregelung auf zentralistischer Grundlage unterzogen werden.

Gegen diese Vorlage opponieren die liberale Fraktion unter Führung von Lloyd George mit womöglich noch größerer Hartnäckigkeit als die konservative Partei. Die Arbeiterregierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie bei einem Scheitern dieses Gesetzes an das Volk appellieren, das heißt, den König zur Auflösung des Unterhauses veranlassen würde.

Deutschland und der Zollfrieden.

Rede Hilferdings auf der Genfer Konferenz.

Genf, 11. März.

Im ersten Hauptausgang der Zollfriedenskonferenz legte Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding den deutschen Standpunkt dar. Da der Zollwaffenstillstandgedanke auf zu große Hindernisse gestoßen sei, habe die deutsche Delegation versucht, das Ziel der Stabilisierung der Handelsbeziehungen auf anderem Wege zu erreichen. Der französische Vorschlag erfülle bereits weitgehend die Forderung nach gleichmäßiger Lastenverteilung, wenn auch freilich ein arithmetischer Ausgleich nicht erzielt werden könne. Mit einer weiteren Präzisierung des Ausgleichs der Pflichten und Rechte der beiden Staatengruppen könne man aber auch den Ländern ohne ein festes Handelsvertragssystem die Möglichkeit geben, auf den Boden des französischen Konventionsentwurfes zu treten. Zur Entkräftung gewisser Bedenken Englands und Hollands betonte Dr. Hilferding, daß es erlangungsgemäß sehr schwierig sei, handelsvertraglich gebundene Zölle während der Vertragsdauer zu ändern und wenn es geschehe, so nur durch Kompensation. Die Gewichte seien also gar nicht so ungleich verteilt, wie das auf den ersten Blick aussehende könnte, vielmehr seien Staaten wie England und Holland gerade durch die zweiseitigen Handelsverträge der anderen Staaten-gruppe in hohem Maße gegen Zollerschöpfung geschützt. Das entscheidende Neue im jetzigen Konventionsentwurf sei, daß Drittstaaten jederzeit in die Verhandlungen wegen der etwaigen Veränderung zweiseitiger Handelsverträge eingreifen können. Nach der deutschen Auffassung werde der

Zollwaffenstillstandgedanke durch den französischen Konventionsentwurf weitgehend erreicht.

Da diese Konvention auf den zweiseitigen Handelsverträgen aufgebaut sei, so enthalte sie auch alle Sicherungen dieser Verträge, und gerade dieser wichtige Umstand habe die verhältnismäßig einfache Form des französischen Vorschlages ermöglicht. Mit der Verwirklichung dieser Konvention, die ein starkes moralisches Gewicht in der Welt haben würde, könnte man daher in Europa zu einer gewissen Stabilisierung der Handelsbeziehungen gelangen und die Atmosphäre für weitere erfolgreiche Verhandlungen über die Befestigung oder doch wenigstens über den teilweisen Abbau der

Handelshemmnisse schaffen. Dr. Hilferding gab zum Schluß einige Anregungen zu verschiedenen Artikeln des französischen Plans, wobei er besonders die Notwendigkeit der automatischen Ver-fälligerung der geplanten Konvention unterstrich, da die jetzt vorgesehene Frist von einem Jahr als sehr kurz bezeichnet werden müsse.

Die allgemeine Aussprache über den französischen Antrag ist geschlossen. Da der Präsident des Ausschusses von den Delegationen nur eine Meinungsäußerung darüber verlangt hatte, ob sie den Vorschlag als weitere Diskussionsgrundlage annehmen, läßt sich aus der Aussprache kein sicherer Schluß ziehen.

Der Versuch Frankreichs, sich und seinen Vorschlag als Ketter der Konferenz hinzustellen, wurde von allen Staaten, die prinzipiell dem Zollfrieden zugestimmt hatten, sehr nachdrücklich zurückgewiesen.

Auf der anderen Seite benutzte Italien die Gelegenheit, um seiner Schadenfreude über das Scheitern des Zollfriedens Ausdruck zu geben. Eine Reihe Delegationen verweigerten eine klare Stellungnahme unter Hinweis darauf, daß sie noch keine Instruktion von ihren Regierungen hätten. Die meisten Redner betonten, daß über die Annahme oder Ablehnung des Vorschlages das letzte Wort erst gesprochen werden könnte, wenn die endgültige Form gefunden sei, besonders erst, wenn die Liste der verlangten Ausnahmen vorliegt.

Ein Redaktionsausschuß, dem u. a. Dr. Hilferding angehört, soll versuchen, den französischen Vorschlag so umzugestalten, daß er zu einem praktischen Ergebnis führt. Man hofft hierbei auf eine wohlwollende Mitarbeit des englischen Handelsministers. Die Stimmung ist pessimistisch.

Tschitscherin möchte sich drücken.

Zurück nach Wiesbaden!

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Volkskommissar des Außen, Tschitscherin, dem Räte der Volkskommissare der Sowjetunion zum dritten Male sein Rücktrittsgesuch übermittelt. Tschitscherin bittet darin, ihn sofort seines Amtes zu entheben, da seine Gesundheit immer noch schlecht sei. Er beabsichtigt, sich Mitte April wieder nach Deutschland zu begeben, um in Wiesbaden seine Gesundheit wiederherzustellen.

Der Kampf um Deutschösterreichs Bundeshymne. Nach einer Gebenkfeier für den vor 20 Jahren verstorbenen christlichsozialen Parteiführer und Wiener Bürgermeister Dr. Karl Pöggendorf am Sonntagspredigerwagen die Republikanne von Rienz-Renner. Den drohenden Sturm der Kaiserlich-Anhänger mußte der christlichsoziale Parteiführer beschwichtigen.

Die Anwaltskammer Madrid hat den unter der Diktatur gemah-regelten Rechtsanwalt Miba mit 167 gegen 26 Stimmen wieder-angelegt.

Kammerspiele.

A. P. Antoine: „Die liebe Feindin“.

Eine heitere Komödie, die frisch und munter auf dem Freibühnen spielt. Drei Verstorbene tauschen ihre Erfahrungen über die Liebe aus. Alle drei sind an derselben Frau jugendlich gegangen. Das Urteil des Autors über die Frau fällt vernichtend aus. Elli Darcas brilliert in der Rolle dieser „lieben Feindin“. Dgr.

Verkauf der „Südwest“-Aktien. Stadtverordnetenversammlung beschließt ihn mit großer Mehrheit.

Rot kennt kein Gehalt! Rot zwingt die Stadt Berlin zum Verkauf ihres Aktienanteils an der privaten Südwest-Elekttrizitätsgesellschaft. In der Stadtverordnetenversammlung wollten gestern Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen glauben machen, daß sie die Städte der kommunistischen Wirtschaft Berlin seien und daß durch sie die Stadt vor einer Verschleuderung ihrer Wertobjekte bewahrt werden müsse. Rein, die Stadt denkt nicht daran, irgend etwas von ihren eigenen Versorgungsbetrieben wegzugeben. Die Deutschnationalen ließen ihren Dr. Steiniger prophezeien, das sei der erste Schritt zum Ausverkauf. Aber auch sie fanden dann einen Weg, mit der Mehrheit zu gehen, die der Magistratsvorlage zustimmte. Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen beschloßen den Verkauf, durch den die Deckung dringendsten Geldbedarfs ermöglicht wird.

Dringlichkeitsanträge der Kommunisten, Deutschnationalen und der Nationalsozialisten wurden eingebracht, aber nicht beraten. Ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion führt Beschwerte über die durch die Spornmaßnahmen herbeigeführten Härten in der Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge; die alten Bedingungen sollen wiederhergestellt werden, verlangt der Antrag. Er ging ohne Debatte an den Haushaltsausschuß. Die Umstellung der Tagesordnung zugunsten kommunistischer Anträge wurde abgelehnt. In der Begründung bezeichnete Stadtd. Wisniewski (Komm.) den Polizeipräsidenten Järgel als Polizeivandalen und Arbeitermörder. (Drängung des Vorstehers.) Die Umstellung wurde gegen Kommunisten und — Nationalsozialisten abgelehnt. Einen Wutanfall bekam der Stadtd. Lange-Neufuß (Komm.) bei der „beherloschen“ Berathung — so war es beabsichtigt — des Protestantrags der Sozialdemokraten gegen die geplante Festspielwoche, veröffentlicht im „Vorwärts“ vom Sonnabend früh. Lange schimpfte und zog sich zwei Ordnungsrufe zu. Seine Behauptung, sozialdemokratische Vertreter hätten im Wesentlichen für die Festspielwoche gestimmt, wies Stadtd. Draemert (Soz.) energisch zurück. Das Wesentliche habe über Statistiken oder Nichtstatistiken der Festspielwoche überhaupt nicht zu entscheiden gehört. Ein Nationalsozialist unterstützte Herrn Lange, dann stimmte die gesamte Versammlung für den sozialdemokratischen Antrag. — Die in der letzten Sitzung verhandelten Anträge der Kommunisten gegen das Demonstrationsverbot, Auflösung des Rotfrontkämpferbundes, Maßnahmen bei den kommunistischen Trauerdemonstrationen, ferner gegen den „Belagerungsstatus“, auf Absetzung der Polizeipräsidenten und die Durchsetzung des Lebensnotwendigen wurden ebenfalls abgelehnt wie ähnliche nationalsozialistische Anträge. Dabei stimmten in vielen Fällen die beiden antragstellenden Fraktionen zusammen, manchmal stellten dann noch die Deutschnationalen die allerdings nutzlose Einheitsfront her, was von den anderen Fraktionen mit lebhafter Heiterkeit und anfeuernden Zurufen begleitet wurde.

Ueber den zum Zwecke der Aufnahme eines größeren Kredits notwendigen

Verkauf der Elektroaktien.

Die die Stadt Berlin in Höhe von 18 Millionen an privaten Elektrizitätswerk Südwest besitzt, berichtigte Stadtd. Lorenz (Soz.). Er behauptete, daß durch den Verkauf keine Aufgabe des Rates zur Uebernahme des Wertes durch die Stadt stattfindet, man schiebt den Termin nur auf 10 Jahre hinaus. Die Stadt hat nur 40 Proz. der Aktien, ihr bleibt aber noch wie vor eine Vertretung im Aufsichtsrat. Der Berichterstatter empfahl die Annahme der Magistratsvorlage. In der Aussprache geriet Stadtd. Stielinger (Dnat.) als Hüter der im Besitze der Stadt befindlichen jüdischen Werte. Selbstverständlich stelle er die Sozialdemokratie als die Schutzhüter an Berlins augenblicklicher Finanzwirtschaft hin. Der Verkauf der Aktien sei kein gutes, aber auch kein schlechtes Geschäft, mindestens ein ernstes Geschäft. Ueber die Verwendung des Erlöses hätte seine Fraktion ernste Bedenken. Die Ausgabenliste des Rates müsse stark gedrückt werden. Bei der Annahme eines deutschnationalen Zusatzantrags, der Verwendung des Erlöses als

Substanzvermögen verlangt (nicht Ausgabe für laufende Ausgaben), wolle die deutschnationalen Fraktion dem Verkauf der Südwestaktien zustimmen.

Nach der Ablehnung der Vorlage durch Stadtd. Schwenz (Komm.) polemisierte Stadtd. Schwarz (Dsp.) gegen den Berichterstatter. Schwarz meinte, die Südwestaktien seien ein so geringer Vermögenswert der Stadt, daß man kaum darüber sprechen sollte. (Zuruf: Es ist aber der Anhang!) Jedem sei die Stadt in hoffnungsloser Alimort bei Südwest. So daß der Verkauf eben nur eine Finanztransaktion darstellt, um endlich einmal einen Anhang mit der Sanierung Berlins zu machen. Ein gelegentlicher Aktienverkauf sei weder bei der Stadt noch im privaten geschäftlichen Leben eine „Verschleuderung der Substanz“. Der Redner kündete die Zustimmung zum Aktienverkauf und zum deutschnationalen Zusatzantrag an. Bürgermeister Scholz:

Wir denken nicht daran, etwas aus dem Besiz der Stadt zu veräußern.

Der Stadtd. Steiniger hätte recht gehabt, als er den Verkauf als ernstes Geschäft bezeichnete, der Magistrat sei der Auffassung, daß es sogar ein gutes Geschäft ist. Beim Haushaltsplan werde es sich zeigen, ob die Deutschnationalen bereit sind, die Verantwortung für Berlins Wirtschaftsführung mitzutragen.

Die Abstimmung für den erwähnten deutschnationalen Zusatzantrag ist nennenswert. Die Abstimmung ergab die Annahme gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten. In einfacher Abstimmung stimmte dann auch die große Mehrheit der Versammlung dem Verkauf der Südwestaktien zu.

Am Schluß der Sitzung stimmte die Versammlung den Beschlüssen des vorbereitenden Ausschusses über Anträge, die Spornmaßnahmen bei der Schulverwaltung betreffend, zu. Dabei besaßen sich auch die Vorlagen und Anträge wegen der Schulgelehrerbeförderungen. Schließlich beriet die Versammlung noch eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion zum tödlichen Unfall einer Schülerin während der Kochstunde einer Gemeindefschule. Stadtd. Hofau (Soz.) verlangte Auskunft vom Magistrat, ob Vorkehrungen getroffen sind, solche Vorgänge in Zukunft zu verhindern. Allerdings beabsichtigten die Sozialdemokraten nicht, mit diesen auf's äußerste zu behauenden Unglücksfall Klagen zu treiben, wie das die Kommunisten mit einem Antrag zur Sache bezweckten. Stadtschulrat Nagdahl (Soz.) betonte, es handele sich — entgegen den Behauptungen des kommunistischen Redners — um eine ganz neue, moderne Küche, die erst im Herbst renoviert und mit völlig neuen einwandfrei funktionierenden Gasofen versehen sei. Spornmaßnahmen konnten nicht zur Anwendung. Trotz aller guten Einrichtungen berate die Schulverwaltung mit den Gaswerten und der Feuerwehrt, ob es möglich sei, noch größere Feuericherheit zu erreichen. Der Redner gab dann eine Darstellung des Unglücksfalles; die finanziellen Forderungen des kommunistischen Antrages werden von der Stadt bereits erfüllt. Der Vater hat dem Stadtschulrat gegenüber erklärt, daß die Lehrerin kein Verschulden trifft und diese alles getan hat, das Kind zu retten. Der Antrag der Kommunisten wurde einstimmig angenommen.

14 „nationale“ Nordhelfer verhaftet Schnelle Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft.

Nur den bereits im „Abend“ mitgeteilten Namen von sieben der Mittertschaff an dem Mord in Königsplatz verdächtigen Nationalsozialisten, veröffentlicht das Polizeipräsidium vier weitere Namen von Männern, die der Mittertschaff verdächtig sind, und zwar sind dies der Kaufmann Erich Markwardt, Berlin, Stölpische Straße 43, der Telegraphenarbeiter Heinz Koepfner, Berlin-Buch, Kaiser-Friedrich-Straße 21, der arbeitslose Bauhandwerker von Jirkow, Berlin, Prenzlauer Allee 43, der Arbeiter Paul Franz, Königsplatz, Gelbeisenstraße 10. Gegen sämtliche elf Personen ist von dem Amtsgericht Bernau Haftbefehl wegen dringenden Tatverdachts erlassen worden. Drei weitere Personen, nämlich der zur Zeit arbeitslose Willi Pahl, Karow, Bahnhofsstraße 30, der Schüler Alfred Schlenker, Berlin, Wischper Straße 1, und der zur Zeit arbeitslose Walter Plettke, Berlin-Buch, Bucher Aue 17, werden im Laufe des Tages dem Amtsgericht zugeführt werden. Alle vierzehn Personen gehören ausnahmslos der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und innerhalb dieser auch den bekannten Sturmabteilungen an. Eine Anzahl von ihnen hat die Beteiligung an dem Zusammenstoß bereits zugegeben, die anderen dürften durch die gestroffenen Erhebungen und Zeugenaussagen der Mittertschaff bzw. Mittertschaff überführt sein. Wenn auch alle Befragten bisher bestritten, von der Schußwaffe Gebrauch gemacht zu haben, so haben die Nachforschungen jedoch derartig belastendes Material ergeben, daß die Ueberführung zweier Personen schon jetzt als feststehend angesehen werden kann. Die Ermittlungsvorgänge sind der zuständigen Staatsanwaltschaft beim Landgericht 3 Berlin zugewiesen worden.

Falschmünzer festgenommen.

Seit mehreren Monaten hatte ein 34 Jahre alter Max Böhm in einem Hause in der Wilmannsstraße ein möbliertes Zimmer inne. Seine Wirthe hatten nichts an ihm auszufehen, er war

ein ruhiger Mieter und zahlte pünktlich. In der Nachbarschaft aber tauchten hin und wieder bei Geschäftleuten falsche 2-Markstücke auf und eine Anzeige gab Veranlassung, dem B. einen überragenden Besuch zu machen. Dabei fanden die Kriminalbeamten der Falschgedächtsabteilung 135 Stück falsche Zweimarkstücke, die noch nicht ganz vollendet waren und vier fertige Münzen. Böhm, der festgenommen wurde, bestritt, falsches Geld in den Verkehr gebracht zu haben. Man fand aber Geräte zur Herstellung von Falschmünzen. Der Festgenommene wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Weingärtner bleibt in Haft. Urteil gegen ihn abermals bestätigt.

Die Strafkammer des Landgerichts III hatte sich nochmals mit dem Dahlemer Explosionsunglück zu befassen. Wie erinnerlich, war der ehemals fürstlich Lippsche Kammerrentner Robert Weingärtner wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung vom Schöffengericht Charlottenburg zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden und die Strafkammer hatte seine Berufung verworfen. Durch Revision auf Antrag des Angeklagten war aber das Urteil vom Reichsgericht in einigen Nebenpunkten aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückgemittelt worden. Weingärtner war inzwischen wieder verhaftet worden und wurde der Strafkammer aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt. Nach kurzer Verhandlung kam die Strafkammer von neuem zur Bestätigung der über Weingärtner verhängten Strafe von zwei Jahren Gefängnis. Die Haftentlassung wurde wegen Fluchtverdachts abgelehnt.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Donnerstag, den 12. März, 1930, 11 Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, Übungsstunde.

Aluixio Arcevedo Ein brasilianisches Mietthaus

Endlich war die Arbeit des Aufbaus beendet, und Deduung, so Frieden senkte sich auf das neue Sao Romao. Aber nur für kurze Zeit, denn die Hausbewohner sahen zu ihrem Erstaunen, wie eines schönen Tages Vorbereitungen für ein neues Gebäude auf der Straße getroffen wurden, und zwar auf dem Grundstück, auf dem Joao Romao all die Jahre hindurch sein Geschäft betrieben hatte.

Das Kapitalist hatte beschlossen, ein großartiges Haus zu bauen. Seine Pläne gingen hoch hinaus. Im Untergeschoss sollte reichlich Raum sein für sein blühendes Geschäft, und oben sollte eine Wohnung entstehen, die schöner, feiner und luxuriöser war als die von Miranda. Der Fenster sollten auf die Straße und acht auf die Seite gehen.

Der Baron und Botelho besuchten den Neubau täglich und waren im höchsten Grade interessiert und begeistert. Sie fanden die Pläne ausgezeichnet und prüften das Material mit Kenneraugen. Joao Romao, der jetzt immer in Rock und Weste ging, weiße Schuhe und eine goldene Kette über der Brust trug, verbrachte wenig Zeit in seinem Laden und inspizierte die Fortschritte des Neubaus nur gelegentlich und an Feiertagen, wenn die Banken und die Börse geschlossen waren. Denn Joao Romao zählte jetzt zu den Kapitalisten der Stadt und hatte reichlich zu tun. Er lunchte in eleganten Hotels und trank mit den Prominenten der Handelswelt sein Glas Bier.

Und die Regerin, die einmal einen schätzbaren kleinen Mitagsstich gehabt hatte, wo der barfüßige und schmutzige Joao Romao sich täglich zu einem halben Milreis Essen kaufte — was war aus der geworden? Welches Plätschen sollte sie in der Neuordnung der Dinge einnehmen? Diese Frage wurde zwischen dem edlen Baron und dem alten Botelho angestreift und her erwogen. Denn das jahrelange Geschäft mit dem luxuriösen Wohnhaus war jetzt fast abgeschlossen. Die Pläne des Neubaus waren fertig, all das keine Vorzeichen, das Dona Estella ausgeführt hatte, die üppige Wäsche, das gravierte Silber und das funkelnde Kristall — war das alles für Madame Bertoleza bestimmt?

Oder sollte sie als Dienstmädchen bei ihm leben? Unmöglich, da doch ganz Botafogo die Rolle kannte, die sie im Leben des Budifera gespielt hatte. Aber weder der Baron, noch sein Schwager brachten den Mut auf, um mit dem Budifer selbst über das Thema zu sprechen, und mußten sich mit Andeutungen und Mutmaßungen begnügen, wie wohl der erstfindliche Joao Romao das Problem lösen würde. Verdammte alte Fiege — wenn er sie doch in die Müllgrube werfen könnte. Sie war der einzige Fehler an einem sonst so würdigen und wichtigen Mitglied der Gesellschaft.

Das intime Verhältnis, das nach jenem demütigenden Einvernehmen mit Botelho begonnen hatte, stand jetzt in voller Blüte. Es verging kein Sonntag, an dem Joao Romao nicht mit der Familie des Baron de Freitas zu Mittag speiste. Sie gingen zusammen ins Theater, und bei solchen Gelegenheiten bot der Budifer der jungen Zulmira gollant den Arm. Er verjagte, durch prunkvolle kostbare Bekleidung die Gunst der Familie zu gewinnen. Wenn sie in der Stadt waren und sich eine Gelegenheit bot, irgendwo eine Erfrischung einzunehmen, bestand er darauf, immer zwei oder dreimal so viel zu bestellen, wie nötig gewesen wäre. Er verjagte, seine Ergebenheit mit Blumenopfern, Süßigkeiten und kostbaren Früchten zu beweisen. Ja, Joao Romao hatte sich verändert seit den Tagen, als er es sich nicht gönnte, ein Ei zu essen, das möglicherweise hätte verkauft werden können.

Diese erstaunliche Metamorphose war Bertoleza nicht entgangen. In ihrer abstrusen und niederen Stellung als Postierin schaute sie sich nicht allein nach Liebe, sondern auch nach einer gesicherten Zukunft, nach der Gewißheit, im Alter, wenn ihr geschwächter Körper nicht mehr von früh bis spät in die Nacht würde schreien können, keine Not leiden zu müssen. Sie sagte also nie ein Wort, das ihren Herrn und Gebieter beleidigen konnte, sondern ging ihren täglichen Pflichten nach wie immer und trug dieselbe feige Resignation zur Schau mit der ihre Eltern sie auf die Welt gesetzt und zu einer armseligen Sklavin hatten werden lassen. Sie zog sich von allem zurück, besuchte die Hausbewohner nie mehr und ließ sich im Laden nicht blicken, denn sie schämte sich und fürchtete, die anderen könnten erfahren, daß die Frau des ehemaligen Joao Romao häßlich und schwarz ist. Wie blieb ihr Leben verjagte das Gefühl, das ihr eine gewisse Haut gegeben hatte und bildete die Wolke, die auf den glänzenden Pfad des Mannes, den sie liebte, ihren düsteren Schatten warf.

Denn Bertoleza liebte Joao Romao. Sie hatte für ihn etwas von der unberechenbaren und fanatischen Verehrung der Amazone Cabocio für den Weißen, der ihr die Sklaventetten anlegte, der Halbwilden, die an Eisernität stark und sogar fähig gewesen wäre, ihrem Leben selbst ein Ende zu machen. Aber in ihre Liebe mischte sich eine Spur Mitleid mit sich selbst. Sie hatte viele Jahre lang an seiner Seite gearbeitet. Er hatte seinen Wohlstand ihrem Fleiß genau so wie seinem eigenen zu verdanken. Konnte er ihr nicht aus Dankbarkeit für die Zeit, in der er sie noch liebte, oder es sie wenigstens glauben machte, konnte er ihr nicht ab und zu ein bißchen Zärtlichkeit gönnen, wie ein Herr manchmal, wenn er gut gelaunt ist, stehen bleibt und seinen Hund streichelt.

Aber das sollte Bertolezas Los nicht sein, denn bald wurde es ihr klar, daß sie nicht mehr Joao Romaos Frau war, sondern nur seine Dienstmagd. Noch immer stand sie als erste auf und ging als letzte zu Bett. Ehe die Sonne aufgegangen war, zückte sie ihr langes, scharfes Messer, schlug die Fische auf, nahm sie aus und erfüllte eine Pflicht nach der anderen, bis der Tag zur Reize ging und sie wie in alten Zeiten vor dem Restaurant saß und über dem Holzkohlenfeuer Fische für vorübergehende Kunden briet. Ohne einen einzigen Ruhetag, ohne ihrer eigenen Person auch nur einen Augenblick Beachtung zu schenken, wurde sie immer häßlicher und abstoßender, und ihr verzogtes Herz verriet sich in zwei tiefen Linien, die von den Winkeln ihres schlaffen Mundes herunterliefen. Zuletzt, als sie sich davon überzeugt hatte, daß sie zwar noch nicht tot sei, aber tatsächlich aufgehört hatte, zu leben, verfiel sie in düsteren Stumpfheit, sprach mit keinem Menschen und murmelte immer vor sich hin. Sie wurde schlecht gelaunt und mürrisch und begehrte allen um sie her mit Mißtrauen. Unnahmslos erledigte sie ihre täglichen Arbeiten wie eine gefühl- und gedankenlose Natur.

Aber dieser Ball von Gleichgültigkeit stürzte eines Tages nach einer langen Unterhaltung zwischen Botelho und Joao Romao zusammen. Tränen entzündeten den eingesenken Augen des armen Geschöpfes, und sie mußte bei ihrer Arbeit innehalten, damit ihr Schlägen nicht von den Kunden gehört wurde.

„Was, halten Sie jetzt um sie an, es ist soweit.“
„Was?“
„Sie können um die Hand der Tochter bitten. Alles ist bereit.“
(Fortsetzung folgt.)

Nächtliche Ueberfälle auf Frauen

Eine Kellnerin niedergebort.

Eine Kellnerin, die nachts gegen 3 Uhr von ihrer Arbeitsstelle nach Hause kam, wurde in ihrem Hause in der Schützenstraße in Charlottenburg von einem Manne angefallen, der ihr mit einer Taschenlampe in das Gesicht leuchtete. Der Mann bogte die Kellnerin nieder und tat ihr Gewalt an. Hilferufe hinderte er dadurch, daß er sie mit einem Dolchmesser bedrohte. Der Täter stüchtete dann aus dem Hause und ist entkommen. Es war ein Mann von etwa 35 Jahren, der ostpreussische Mundart sprach und eine grüne Kappe und eine blaue Segelmütze trug.

Ein zweiter Ueberfall wurde auf ein junges Mädchen verübt, das gegen 11½ Uhr auf dem Heimwege die Chaussee zwischen Blankenburg und Coram an der Stettiner Bahn entlangging. Das Mädchen wurde von einem jungen Burschen angefallen, der sie in den Chausseegraben stieß. Sie setzte sich aber kräftig zur Wehr und bis den Angreifer tüchtig in die rechte Hand. Sie selbst trug zwar auch einen Blü in die Nase davon, konnte sich aber des Begleiteterers erfolgreich erwehren. Der Bursche, der eine sichtbare Verletzung davongetragen haben muß, war etwa 20 bis 24 Jahre alt, 1,60 Meter groß und trug einen dunklen Anzug und dunkle Schirmmütze.

Der Ueberfall auf die Kellnerin, der übrigens keineswegs vereinzelt dasteht, zeigt deutlich, welchen Gefahren besonders die weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen des Gasthausgewerbes bei allzu später Polizeistunde im nächtlichen Berlin ausgesetzt sind.

Der Unfall in der Schulküche.

Die Schülerin Cäcilie Radde ihren Verletzungen erlegen.

In der Schulküche der 279. Volksschule hat sich ein Unglücksfall ereignet, an dessen Folgen die Schülerin Cäcilie Radde selber gestorben ist. Zu dem Vorfall teilt die Schulerwaltung folgendes mit:

Die Schulküche in der 279. Volksschule in der Poststr. 5 gehört zu den modernst eingerichteten Schulküchen. Irgendwelche Sparmassnahmen des Magistrats können keinesfalls als Urheber des so bedauerlichen Unglücksfalles angesprochen werden. Bei der Schülerin Cäcilie Radde, die im Laufe des Montags ihren schweren Verletzungen erliegen ist, hing die Kleidung plötzlich Feuer. Die aufsichtführende Lehrerin versuchte durch Hinwerfen der Schülerin die Flammen möglichst schnell zu ersticken. Cäcilie Radde aber, die ein sehr kräftiges Kind und größer als die Lehrerin ist, riß sich in ihrer Angst los und rannte fort, wodurch die Flammen selbstverständlich neu angefaßt wurden. Erst einem hinzukommenden Lehrer gelang es, sie fest in seinen Mantel einzuwickeln und dadurch die Flammen zu ersticken. Nach Anlegung eines Rotenbundes wurde Cäcilie Radde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert, wo sie inzwischen ihren Verletzungen erliegen ist.

Der sozialdemokratische Stadtschulrat Rydahl hat sofort an sämtliche Berliner Schulen eine Verfügung gerichtet, nach der vor Beginn des Kochunterrichtes alle Schülerinnen noch besonders auf drohende Gefahren und Verhaltensmaßnahmen bei Unglücksfällen aufmerksam gemacht werden müssen.

Erdbeben in Schweden.

Größere Gebäude ins Schwanken geraten.

Stockholm, 11. März.

In der Stadt Härnösand in Nordschweden wurde in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr ein Erdstöß wahrgenommen, der so heftig war, daß selbst größere Gebäude schwankten. In der Radiostation in Hemjö, eine Meile nördlich von Härnösand, wurde der Funke von seinem Stuhl geworfen. Das Beben dauerte einige Minuten an. Es dürfte auf Erdoberhebungen in der skandinavischen Halbinsel zurückzuführen sein.

Gebrüder Sklarek erkrankt.

Neuer Haftprüfungstermin.

Am Donnerstag dieser Woche findet ein neuer Haftprüfungstermin statt, den die Verteidigung der drei Brüder Sklarek beantragt hat. Auch diesmal hat die 11. Strafkammer unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Sternheim darüber zu entscheiden, ob die Voruntersuchung bereits soweit geklärt ist, daß eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestehen würde. Die Verteidiger der Gebrüder Sklarek begründen ihre Anträge auf Haftentlassung der Beschuldigten mit dem schlechten Gesundheitszustand Leo, Max und Willy Sklareks. Die drei Brüder seien durch die lange Unternehmungsfahrt körperlich sehr mitgenommen und bedürften einer ärztlichen Behandlung im Krankenhaus. Ob das Gericht den Anträgen stattgeben wird, ist jedoch sehr fraglich.

Ein Vermisster aufgefunden.

Im Hofe eines Anwesens in Waldau bei Liegnitz fand man am Montagabend einen Fremden. Es stellte sich heraus, daß der Mann zwanzigjährig geisteskranke war. Weitere Ermittlungen der Ortsbehörden ergaben, daß es sich um den seit einiger Zeit aus Berlin als vermisst gemeldeten Amtsgerichtsrat Krieger handelt. Man stellte weiter fest, daß in Schmiednitz ein Sohn des alten Amtsgerichtsrats lebt, der sofort benachrichtigt wurde und seinen Vater abholte.

In der Uconia muß der Vortrag von Wih. Böckhe wegen Erkrankung des Redners ausfallen. Statt dessen wird Prof. Dr. Berndt an Hand eines reichhaltigen und interessanten Bild- und Filmmaterials über „Staat und Sozialismus in der Natur, Käsel und Wunder des Tierreiches“ Mittwoch, 12. März, im Haus der Technik, Friedrichstraße 110-112, 20½ Uhr, nochmals sprechen.

Berliner Schulpolitik.

Einheitsschule, höhere Reformschule, Lehrerfortbildung.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltete durch ihr Staatsbürgerkundliches Seminar einen schulpolitischen Vortragsabend.

Stadtschulrat Rydahl gab einen Ueberblick über die neuere Berliner Schulpolitik. Man dürfe sie, sagte er, nicht nach den letzten Wochen und Monaten beurteilen. Aus den letzten zehn Jahren seien neben der einheitlichen Zusammenfassung des Schulwesens der zu Groß-Berlin vereinigten Einzelgemeinden doch auch recht erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Durchführung des Arbeitsunterrichts ist im Gange, aber Voraussetzung ist, daß die nötigen Räume, Lehrkräfte und Lehrmittel da sind und die Klassen eine erträgliche Besetzung haben. Was erreicht wurde, wird jetzt durch Sparmassnahmen wieder gefährdet. Zur Frage der Einheitsschule stellte Rydahl fest, daß wir von einer solchen nicht reden können, so lange die Volksschulen, die mittleren Schulen, die höheren Schulen und die Berufsschulen noch ohne Verbindung nebeneinander stehen. Die große Masse der Kinder tritt aus der Volksschule ohne eigentlichen Uebergang in die Berufsschule ein. Wir haben Förderklassen und Aufbauschulen geschaffen, aber wer die Volksschule bis zu Ende durchläuft, sieht sich dann gewissermaßen an eine Sperre gestellt. Die Volksschule ist in ihrer jetzigen Einrichtung eine Sackgasse. Es kommt gar nicht darauf an, einer größeren Zahl Kinder den Uebergang zur höheren Schule zu erleichtern. Rydahl hält für richtig, daß schon die Volksschule eine weitgehende Differenzierung der Kinder durchführt. Er ist Freund einer sechsjährigen Grundschule und an den Austritt aus ihr möchte er die Differenzierung der Kinder nach ihrer Begabung (gewerblich, technisch, künstlerisch, kaufmännisch, hauswirtschaftlich usw.) anschließen. In den neu geschaffenen Aufbaufächern der Volksschulen sieht er eine Rotlösung, die vielleicht ein kleiner Anfang der kommenden Schulreform sei. Anschließen könnte man die auf vier Jahrgänge zu erweiternden Aufbaufächern unmittelbar an die von ihm empfohlene sechsjährige Grundschule. Das Kind der Volksschule brauche einen Uebergang zu allen anderen Schularten, zu den mittleren Schulen, den höheren Schulen, den Berufsschulen.

Es folgte ein Vortrag von Magistratsoberschulrat Hegen über die höhere Schule Berlins. Er betonte den Wert der Reformanstalten, die den fremdsprachlichen Unterricht mit einer modernen Sprache beginnen. Es sei berechtigt, sie fortgesetzt zu vernehmen. Wie beliebt sie sind, zeugt der Jubelzug zu diesen Anstalten. Zum Schluß berichtete Magistratschulrat Dr. Kalischer über neuere Lehrerfortbildung. Die früheren Einzelstudienreisen mit städtischem Zuschuß werden größtenteils jetzt durch gemeinsame Studienreisen ersetzt, deren Kosten in der Hauptsache die Teilnehmer tragen. Gemeinsame Reisen können so gestaltet werden, daß die Kosten für den einzelnen geringer und der Nutzen für alle größer wird. Ein anderes Mittel der Lehrerfortbildung ist der Zusammenschluß zu Arbeitsgemeinschaften. Daneben will man auch die bisherigen Vortragskurse nicht ganz aufgeben.

Berlins Benachteiligung.

Eine neue Eingabe an den Landtag.

Die Stadt Berlin hat sich schon in einer neuen Eingabe an den Landtag gewandt und eine Änderung der sogenannten „relativen Garantie“ im preussischen Finanzausgleich gefordert.

Regierung und Parteien sind sich seit langem darüber einig, daß die jetzige Verteilung des Gemeindeanteils an Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem preussischen Ausführungsgesetz ungerecht und abänderungsbedürftig ist. Dies beweist auch die dem Landtag im April 1929 zugegangene Denkschrift der Regierung, die nur deshalb zu keiner Änderung des Finanzausgleiches führte, weil sie für das Etatsjahr 1929 zu spät vorgelegt erschien. Seitdem ist wieder ein Jahr ins Land gegangen, und anscheinend ist auch eine Änderung für 1930 nicht beabsichtigt. Das würde bedeuten, daß Berlin die Benachteiligung durch die relative Garantie noch ein weiteres Jahr ertragen müßte. Dies erscheint aber bei der jetzigen Finanznot der Reichshauptstadt, die nicht zuletzt durch die dauernden Benachteiligungen bei der Zuteilung der Reichs- und Staatssteuern hervorgerufen ist, völlig unmöglich.

Funkwinkel.

Das amerikanische Leben hinter der Kulisse der Prohibition, des lauten Bandes und der Wallstreet versucht Kurt Lubinski in seinem Vortrag „Amerika, in dem Zeit nicht Geld ist“ zu zeichnen. Ein paar Skizzen von den Hinterwäldlern und aus dem privaten Leben der Monemater (Waldmaler) zeigen ein traumatisches und vor allem ein sehr kindliches Amerika. Woher legt Lubinski an Rosalt und daraus entsteht ein plastisch gezeichnetes Porträt. — Interessantes weiß auch Wilhelm Vanda über Lithographie und Photographie zu berichten. Sein Vortrag „Zwei Erfindungen, zwölf Berufe und ihre Arbeiterkraft“ schildert den Aufbau der Arbeiterorganisationen, gibt einen Ueberblick über das weite Gebiet und über die vielen Zweige, die zu diesem Beruf gehören. Der Hörer findet Gelegenheit, sich über die innere geschlossene Struktur dieser Berufsgattung zu orientieren. — Aus Breslau wird am Abend eine Komposition von Franz Kauf unter dem Titel „Variationen über ein deutsches Volkslied in musikalischen Stilparodien“ übertragen. Es ist ein Kompositionsauftrag der schlesischen Funfstunde und zwar handelt es sich um das Volkslied „Das Wandern ist des Müllers Lust“. Hier bei Kauf offenbart sich ein spielerisches Vergnügen an der Variation des Themas und der Instrumentation. Ganz hervorragend gelingt die Parodie auf Wagner, die im Stil des Baldewens aus „Siegfried“ gehalten ist. Eine sehr unterhaltende und amüsante Veranstaltung. F. Sch.

Berlin hat von Jahr zu Jahr in immer steigendem Maße Kürzungen seines Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erfahren. Es hat seit dem 1. April 1924 — also in sechs Jahren — insgesamt über 167 Millionen Mark zugunsten anderer Gemeinden abgegeben. Wenn jetzt die bisherige Regelung wieder um ein Jahr verlängert werden sollte, so würde das für Berlin die Entziehung von weiteren fast 30 Millionen Mark für das laufende Haushaltsjahr bedeuten. Der Zuschußbedarf Berlins beträgt auf den Kopf der Bevölkerung 122,12 Mark und liegt damit erheblich über dem Mittelwert aller Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, der sich nur auf 100,22 Mark beläuft. Allein auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege hat Berlin einen Zuschußbedarf von 41,78 Mark gegenüber einem Durchschnittsjahr aller Großstädte von 27,38 Mark.

Die Stadt Berlin ersucht daher den Preussischen Landtag in ihrer Eingabe, das Unrecht der relativen Garantie nicht nochmals für ein Jahr zu verlängern, sondern die schlimmsten Härten des bisherigen Systems sofort dadurch zu mildern, daß mit Wirkung vom 1. April 1930 ab der Einheitsfuß von 22 Pfennig auf 25 Pfennig erhöht wird.

Niemals wieder Monopolverträge!

Die Bekleidungsbeschaffung für Wohlfahrtsempfänger.

Die Wohlfahrtsdeputation ist zum erstenmal in ihrer neuen Zusammenfassung unter dem Vorsitz der sozialdemokratischen Stadträtin Wegl zusammengetreten.

Annahme fand der Antrag des Landesjugendamtes, Baukostenzuschüsse für Jugendwohlfahrtseinrichtungen in Wohnungsneubauten nur dann zu gewähren, wenn von vornherein die spätere städtische Verwertung sichergestellt ist. Angenommen wurde auch ein Zusatzantrag, nach dem der Magistrat ersucht werden soll, einen Betrag von 100 000 M. in den neuen Etat 1930 für diese Zwecke einzustellen. Die Wohlfahrtsdeputation stimmte dann der Errichtung eines Jugendhauses an der Pufendorfstraße im Bezirk Friedrichshain zu und sprach sich auch für die Bewilligung von 30 000 M. für den Ausbau der Volksspeisestätte in Köpenick aus.

Ferner wurde von der Wohlfahrtsdeputation beschlossen, dem Magistrat die Annahme der Vorschläge für die Regelung der Bekleidungsbeschaffung für die Wohlfahrtsempfänger zu empfehlen, die das bisherige System völlig ändern. Danach werden keine Monopolverträge mit einzelnen Firmen mehr abgeschlossen. Es erfolgt vielmehr die unbeschränkte Ausschreibung der Lieferung durch die RWG. Die zugelassenen Lieferanten werden durch die Bezirksämter ausgewählt. Zugelassen werden nur offene Geschäfte, die zuverlässig und leistungsfähig erscheinen. Der Wohlfahrtsempfänger hat das Recht der freien Auswahl unter allen zugelassenen Lieferanten auch außerhalb seines Wohnbezirks.

Zu den Angriffen gegen die „Beret“.

Ueber die der Stadt gehörende Firma „Beret“, die die Berliner Anschlagtafeln verwaltet, werden Nachrichten verbreitet, die sich auf einen angeblichen Konflikt mit der Generalverwaltung der Staatstheater in Berlin beziehen. Die Generalverwaltung der Staatstheater hat wiederholt erklärt, daß sie diesen Angriffen vollständig fernstehe. Veranlaßt ist eine mit der „Beret“ in Wettbewerb stehende Privatfirma, die sich „Programmverwaltung der Staatstheater“ nennt. Die von dieser Seite an das Reichswirtschaftsministerium gerichtete Eingabe soll bezwecken, einer Rückforderung in Höhe von annähernd 60 000 M. Nachdruck zu verleihen. Die „Beret“ hat Schritte unternommen, um irtümlichen Auffassungen über ihren Betrieb entgegenzutreten. Sie wird ferner erwidern, daß ihre Behauptungen, die gegen sie gerichtet sind, im Prozeßwege abwehren.

Schnellbahnhöfe Alexanderplatz — Frankfurter Allee.

In einer Sitzung beschloß kürzlich die Verkehrsdeputation der Stadtverordnetenversammlung für die voraussichtlich im Herbst zu eröffnende Schnellbahnlinie Alexanderplatz — Frankfurter Allee folgende Bahnhofsbezeichnungen vorzuschlagen: Alexanderplatz, Schillingstraße, Strausberger Platz, Remeler Straße, Petersburger Straße, Somarinerstraße, Frankfurter Allee-Ringbahn, Albrechtstraße, Bahnhof Lichtenberg. Für die Endstrecke der Nord-Süd-Bahn in Neukölln, die nach im Laufe dieses Jahres dem Betrieb übergeben wird, sind noch zwei neue Bahnhöfe vorgesehen: Neukölln-Südring und Grenzallee.

Maskenball im Weindorf. Das bunte Weindorf, das in eine der großen Ausstellungshallen am Kaiserdamm hineingebaut ist, war Sonntagabend das Ziel sehr vieler schöner Masken. Der Bezirk Kreuzberg des Reichsbanners hatte keine Mißgöte einmal zu einem lustigen Maskenfest geladen. Neben sehr schönen Trachtenkleidern sah man auch politische Masken. Ein „blutrünstiger Hitlerianer“ mit Stahlhelm und Fapphandgranaten wurde viel belacht. Ein anderes sehr geschmackvolles Kostüm war zugleich eine sinnreiche Werbung für den „Vorwärts“. Selbstverständlich fehlten Allee- und Glashirnen-Figuren nicht. Die Kapelle Kernbach spielte zum Tanz auf. Für die schönsten Masken standen nette Geschenke zur Verfügung. In den Tanzpausen zeigten rheinische Herolde und ein Ballett ihre Künste, die reichen Beifall fanden.

Ausflugsvorkehr nach Schildhorn und Neddah. Bei günstigem Wetter wird der Ausflugsvorkehr der BVG. Omnibusse nach Schildhorn am 15. März d. J. auch auf die Sommerdeute ausgedehnt. Der erste Wagen fährt ab Bahnhof Zoo um 12.40 Uhr. Die Wiederaufnahme des Omnibus-Ausflugsvorkehrs nach Neddah, ab Bahnhof Zoo, und nach dem Wandlitzsee, ab Stettiner Bahnhof, erfolgt bei gutem Wetter am Sonntag, dem 16. März d. J. Der erste Wagen fährt ab Bahnhof Zoo bzw. Stettiner Bahnhof um 10 Uhr. Die BVG-Sonderfahrten in die Mark finden erstmalig am Sonntag, dem 30. März d. J., statt. Die Reiseziele werden noch bekanntgegeben.

Fordern Sie ausdrücklich

MAGGI'S Fleischbrühwürfel

Achten Sie auf den Namen MAGGI und die rot-gelbe Packung



Der neue Reichsbankpräsident.

Was Deutschland von Luther erwarten muß.

Daß Schacht verschwindet, wird mehr Ruhe, Stetigkeit und Sicherheit für die deutsche Politik und für die deutsche Wirtschaft bedeuten. Es wird die Aufgabe Dr. Luthers sein, diese Erwartung durch seine Amtsführung wahrzunehmen. Die Reichsregierung hat richtig gehandelt, wenn sie ihren ganzen Einfluß dahin aufbot, daß der Führungswechsel in der Reichsbank so schnell wie möglich erfolge. Diese innen- und außenpolitisch gebotene Schnelligkeit des Handelns, aber auch die sehr ernste Zuspitzung der Regierungskrise im Reich wachsen es verständlich, daß die Diskussion über Schachts Nachfolger sehr zurückhaltend war und daß auch die Kandidatur Luthers, die in ruhigeren Zeiten viel ernstlicher umstritten worden wäre, kein Gegenstand des politischen Kampfes wurde.

Der neue Reichsbankpräsident Dr. Luther hat eine sehr hohe Stellung, wohl die höchste unpolitische Stellung in Deutschland überhaupt. Sein Vorgänger hat die sich daraus ergebenden Verpflichtungen in gefährlicher Weise mißachtet. Daraus ergibt sich die Linie, die Dr. Luther einzuhalten haben wird, von selbst. Die Öffentlichkeit wird gut daran tun, aus der politischen Vergangenheit Dr. Luthers nicht ohne weiteres Schlüsse auf seine Amtsführung als Reichsbankpräsident vorwegzunehmen. Wenn Dr. Luther trotz seiner seit 1925 deutlich gewordenen stärkeren Entwicklung nach rechts aus seiner Amtsführung jegliche politische Beziehung und jegliche politische Rote, die sich nicht ausschließlich aus den bankpolitischen Aufgaben des Reichsbankpräsidenten von selbst ergeben, fernhalten will, so muß ihm die Möglichkeit eines unbefangenen Startes belassen werden.

Wir werden dem neuen Reichsbankpräsidenten von vornherein objektiv gegenüberstehen, wir halten uns auch zu keiner größeren Reserve verpflichtet, als sie sich nach dem schiedlichen und gefährlichen Vorbilde Dr. Schachts in dem Sinne sich aufzwingt, daß die Fehler des Schacht'schen Regimes, die Deutschland so schwer geschädigt haben, von dem neuen Reichsbankpräsidenten unterlassen werden müssen. Die von uns gegenüber Dr. Luther geübte Reserve ergibt sich also ausschließlich aus der Erwartung, daß das Regime Schacht von Dr. Luther in keinem Punkte fortgesetzt werden darf.

Manche der von Schacht begangenen Fehler können automatisch vermieden werden. Denn mit der Annahme der Young-Befehle im Reichstag ist die gesamte Reparationspolitik aus ihrem Zusammenhang mit der Politik und den Geschäften der Reichsbank grundsätzlich und praktisch herausgerissen. Es besteht nur noch eine ledere Verbindung der Reichsbankführung mit der Reparationspolitik insoweit, als die Bank für den internationalen Zahlungsverkehr den Reparationsanforderungen durch die Zusammenarbeit der Notenbanken ersichtern soll und als auch die deutsche Reichsbank im Verwaltungsrat der Internationalen Bank dabei mitwirken darf. Aus dieser Stellung der Reichsbank im Rahmen der internationalen Notenbanken und der wesentlich von diesen bestimmten Politik der Internationalen Zahlungsbank ergeben sich auch die Beschränkungen, die sich Dr. Luther in allen reparationspolitischen Fragen aufzuerlegen hat. Die Reparationspolitik ist eine Sache des Reiches und der Reichsregierung. Der neue Reichsbankpräsident halte sich von ihr fern, wenn er von den Reichsinstanzen nicht um die Mitwirkung gebeten wird.

Die entscheidenden Fehler des Regimes Schacht sind freilich nur durch eine bewußte Umstellung der Reichsbankführung von einer vorwiegend politischen zu einer ausschließlich bank- und wirtschaftspolitischen Auffassung der Reichsbankaufgaben zu vermeiden. Zweimal ist die Stabilität der deutschen Währung unter dem Vorgänger Luthers erschüttert worden. Beide Male durch die Unzulänglichkeit des Reichsbankpräsidenten oder durch den Vorrang der politischen Interessen vor den bankwirtschaftlichen. Es wird für Dr. Luther leicht sein, jede Währungsgefährdung in der Zukunft zu vermeiden, wenn er sich darauf beschränkt, Reichsbank- und Wirt-

schaftspolitik zu machen. Es muß auch gelingen, ohne das zerrissene Instrument der Kreditrestriktionen die Diskontpolitik der Reichsbank so zu führen, daß das wirtschaftliche Optimum bei der Bestimmung und Beeinflussung des Geld- und Kapitalpreises gesichert wird.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich gegenwärtig zweifellos in einer Depression. Die Entwicklung zur Wirtschaftsdepression wäre ohne die einseitige Politik in der Frage der Auslandsanleihen, die Dr. Schacht für richtig gehalten hat, weitgehend vermeidbar gewesen. Ohne daß man der Reichsbankpolitik die Möglichkeit zuschreiben braucht, allein durch bankpolitische Maßnahmen die gegenwärtige Wirtschaftslage entscheidend zu verbessern, so wird doch Umstellung der bisher von der Reichsbank geleiteten fast bis zur Klassenpolitischen Einseitigkeit entstellten Politik der ausländischen Kapitalzufuhr von größter Bedeutung für den Wiederaufbau einer besseren Konjunktur werden. Dr. Luther wird nicht zuletzt dadurch seinen Befähigungsnachweis zum Reichsbankpräsidenten zu erbringen haben, daß er eindeutig mit der bisherigen politisch orientierten Differenzierung der Anleihenehmer ausländischen Kapitals ein Ende machen wird. In seinen bisherigen Veröffentlichungen hat Dr. Luther erkennen lassen, daß er diese Differenzierung zwischen privaten und öffentlichen Anleihenehmern nicht will, sondern daß er in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Frage der ausländischen Kapitalzufuhr beurteilt. Noch ist nicht entschieden, wie der politische Komplex der Berechtigung neu geordnet werden soll. Der neue Reichsbankpräsident wird hier beweisen können, daß er die im Herbst 1927 von Schacht begonnene Politik, die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft der der Privatwirtschaft unterzuordnen und zu opfern, nicht fortzusetzen gedenkt.

Ein Interview mit Dr. Luther.

Ein Vertreter des W.F.A. hat den neuen Reichsbankpräsidenten, der in Frankfurt an einer Sitzung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken teilgenommen hatte, über die von ihm einzuschlagende Politik befragt. Dr. Luther machte ausdrücklich aufmerksam, daß seine Ernennung nach der Mitbestimmung durch den Reichspräsidenten und der Gegenzeichnung durch die Reichsregierung bedürfe.

Auf eine Frage über die von ihm zu erwartende Auslandsanleihepolitik wies Luther auf die Ausführungen in seinem Buch „Von Deutschlands eigener Kraft“ hin, in dem er sowohl die Gefahren als auch die Notwendigkeit der Auslandsanleihen eingehend untersucht habe. Es könne kein Zweifel daran sein, daß wirklich produktive Anleihen für die deutsche Volkswirtschaft nützlich sind. Ob darüber hinaus die Hereinnahme von Auslandsgeld verantwortet werden könne, hängt davon ab, wieviel begründetes Vertrauen man in die Gesamtentwicklung Deutschlands zu setzen vermöge.

Es werde heute allzu laut in Deutschland von einer Vertrauenskrise gesprochen. Die Deutsche Währung sei gegen jede Gefahr gesichert. Obendrein seien die mit der Festigkeit der deutschen Währung verbundenen in- und ausländischen Interessen so groß, daß sie auch entgegenstehende Kräfte und Verhältnisse überwinden werden. Seine Tätigkeit im Realcreditwesen habe ihm von Tag zu Tag neu bestätigt, daß die hohen Kapitalzinsen für die deutsche Wirtschaft in ganz unvertretbar seien. Es sei ein sehr ernstes Problem, bis zu welchem Grade die Diskontpolitik der Reichsbank die Höhe der Zinssätze für langfristige Anlagen beeinflussen könne. Das Zinsniveau zu senken, sei mit einer Aufgabe der allgemeinen Politik, in der der Gesichtspunkt der Kapitalbildung immer mehr in den Vordergrund treten muß.

Große Ueberraschungen enthält dieses Interview nicht. Was „wirklich produktive“ Auslandsanleihen sind, wird Dr. Luther noch zu sagen haben. Seinen Hinweis auf die Aufgabe der allgemeinen Politik, die Kapitalbildung „immer mehr“ in den Vordergrund zu stellen, wollen wir noch nicht als politische Äußerung Dr. Luthers auffassen.

Börse wieder flott.

Man kann jetzt enggültig sagen, daß der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auch die Berliner Börse im ganzen genommen nicht geschädigt hat. Die Klärung der innerpolitischen Lage hat gestern die Börse noch weiter beruhigt. Gegen mittig war das Kursniveau wieder um 1 bis 2, in der Nachbörse sogar bis zu 5 und 6 Proz. verbessert. Auch die Nachfrage nach Dollars hat nur eine ganz vorübergehende Steigerung des Dollarkurses gebracht; von der vorgestern erreichten Parität von 4,2015 ist der Dollarkurs gestern wieder auf 4,1980 zurückgegangen. Für heute dürfte die gestrige Annahme der Young-Befehle im Reichstag und die endgültige Regelung der Nachfolgerschaft Schachts noch eine weitere Besserung der Börsen- und Devisenlage erwarten lassen. Auch der Geldmarkt ist nicht unbeschädigt geblieben geworden. Nachdem vorgestern noch beste Geldschwierigkeit 5 1/2 Proz. zu zahlen hatten, ist der Satz gestern bereits auf unter 4 Proz. gesunken.

Deutsches Kapital im Ausland.

Milliarden gesüchtetes Kapital in der Schweiz.

Die acht wichtigsten Banken der Schweiz hatten Ende 1929 fremde Gelder in dem hohen Betrage von 6,32 Milliarden Franken. Das Züricher Bankhaus Cugny & Co. schätzt die aus dem Ausland kommenden Beträge auf rund zwei Milliarden Franken, wovon der Löwenanteil auf Deutschland entfällt. Die Kapitalflucht aus Deutschland, besonders bei den gesüchteten Unternehmungen und kapitalträchtigen Kreisen ist nichts Neues. Daß die Summen riesenhaft sind, wird von der Schweizerischen Bank jetzt bestätigt. Milliardenbeträge allein in der Schweiz, das läßt erwarten, daß deutsche Kapitalisten im Ausland insgesamt wahrscheinlich das Mehrfache der von der Bank Cugny & Co. geschätzten Summe „umgebracht“ haben. Bei der Diskussion über die deutsche Kapitalbildung wird dieser Faktor noch ernsthafter zu berücksichtigen sein als bisher.

In den Vereinigten Staaten haben sich wieder eine Börsenpause an, freilich weniger in Aktien als in festverzinslichen Wertpapieren. Diese Tatsache und die immer größere Geldflü-

ssigkeit in Europa hat nach New-Yorker Meldungen zu wachsenden Kapitalanfragen europäischer Banken und Privatleute in Wertpapieren amerikanischer Börsen geführt. Allein im Januar und Februar sind noch Informationen der „Herold-Tribune“ rund 500 Millionen Dollar amerikanischer Wertpapiere für englische, französische, holländische und auch für deutsche Rechnung erworben worden.

Weitere Konzentration im Waggonbau

Die Zusammenfassungsbewegung in der Waggonindustrie ist jetzt offenbar in ihr abschließendes Stadium eingetreten. Wie wir erfahren, hat der ostdeutsche Waggonbau, die Linke-Hofmann-Busch, L. G. in Breslau, jetzt die Aktienmehrheit des bekannten Düsseldorfer Waggonunternehmens, der Gebrüder Schöndorff L. G. und der Waggonfabrik Fruch in Heidelberg erworben.

Durch diese Aktion wird auch das Verhältnis zwischen Linke-Hofmann und der hiesigen rheinischen Waggongruppe, der Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken L. G. in Düsseldorf, bereinigt. Einzelheiten über die Verträge zwischen diesen beiden mächtigsten deutschen Waggonunternehmungen sind noch nicht bekannt, jedoch wird es sich auch hierbei um die Verschmelzung der verschiedenen im Rheinland verstreuten kleineren Waggonbetriebe der beiden Großkonzerne handeln.

Abschluß der deutschen Ford-Werke.

10 Proz. Dividende bei großer Umsatzsteigerung.

Die Ford Motor Company L. G. in Berlin, die jetzt ihren Abschluß für 1929 vorlegt, hat im Berichtsjahr ihren Umsatz von 23 auf 38,1 Millionen steigern können. Der ausgewiesene Reingewinn, aus dem eine Dividende von 10 Proz. gezahlt wird, erscheint mit 2,22 gegen 0,26 Mill. M.

Der Geschäftsbericht weist auf die im letzten Jahr durchgeführten Kapitalerhöhungen von 5 auf 15 Millionen Mark hin, womit das Unternehmen für alle in Aussicht genommenen Betriebsveränderungen gerüstet sei. Die 1929 gezahlten Zölle in Deutschland beliefen sich auf 6,23 Mill. M., während die in Deutschland gekauften Materialien den Wert von etwa 6,5 Mill. M. umfassen. Von dem

Einzelverkaufspreis der Wagen verblieben in Deutschland mehr als 65 Proz., bei Droschken sogar über 80 Proz. in Form von Zahlungen für Material, Löhne, Zölle und Provisionen.

Wachsende Pfandbriefverkäufe.

Aber noch keine entscheidende Besserung des Kapitalmarktes.

Im Monat Januar dieses Jahres ergab sich eine Nettovermehrung der umlaufenden deutschen Pfandbriefe von 104 Millionen Mark. Gegenüber dem Dezember mit 32 Millionen ist das eine erhebliche Steigerung, gegenüber dem Januar vorigen Jahres dagegen noch eine Mindertzunahme von 37 Millionen Mark.

Der Umlauf an kommunalen Schuldverschreibungen ist im Januar um 12 Millionen Mark gestiegen. Das ist wieder gegenüber Dezember mit 9 Millionen noch eine gewisse Vermehrung gegenüber Januar vorigen Jahres mit 56 Millionen, aber ein sehr erhebliches Zurückbleiben.

Insgesamt hat sich der Gesamtumlauf an Pfandbriefen einschließlich 2,4 Milliarden Liquidationspfandbriefen von 10,72 auf 10,83 Milliarden Mark erhöht. Die Kommunaldarlehen sind von 2,55 auf 2,56 Milliarden Mark gestiegen. Von einem Neuaufbau ins Ausland war auch im Januar noch keine Rede.

Dividendenausfall bei Umsatzsteigerung

Metallindustrie wird vorsichtig.

Der große westdeutsche Metallkonzern, die Berg- & Hedemann-Selne L. G. in Bielefeld, die nach der großen Metallmarktsituation von 1927 im Vorjahr erstmalig die Dividende von 6 Proz. auszahlte, stellt für das jetzt abgeschlossene Betriebsjahr 1929 überraschend ihre Dividendenzahlung ein.

Die starken Schwankungen auf dem Weltzuckermarkt, die durch die Preistreiberien des amerikanischen Kupfermarktes mit den nachfolgenden schweren Preisrückschlägen hervorgerufen waren, haben auch in der deutschen Metallindustrie eine ganz außerordentliche Unsicherheit geschaffen. Die Einstellung der Dividendenzahlung bei dem westdeutschen Metallkonzern ist zweifellos eine Folge dieser Unsicherheit und nicht etwa eine Auswirkung entgangener Gewinne. Bei erhöhtem Umsatz, die nunmehr 65 Millionen Mark erreicht haben, wurde sogar eine Steigerung der Betriebsüberschüsse von 6,5 auf fast 7 Millionen Mark erzielt. Der mit nur 275 000 M. ausgewiesene Reingewinn erscheint auf den ersten Blick gegenüber 1,06 Millionen Mark im Vorjahr stark zusammengefallen, doch sind offenbar infolge der Preisschwankungen ganz erhebliche Sonderabzweigungen zu Lasten des Gewinnausweises vorgenommen worden. Schon die scharfen Abzweigungen auf die Anlagen haben sich um fast 300 000 M. gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die gesamte Umstellung der Betriebe ist jetzt mit einem Kostenaufwand von 5,7 Millionen Mark in sämtlichen Betrieben der fusionierten Gesellschaften durchgeführt worden, so daß nach dem Berichtsbericht weitere Ausgaben für die Modernisierung der Anlagen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sind.

Steigendes Schwachstromgeschäft.

Stärkere Postlieferungen. — Verluste der Rundfunkbetriebe.

Die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie L. G. Berlin läßt, wie schon im Vorjahr, auch für das jetzt abgeschlossene Geschäftsjahr 1928/29 die Dividende wieder ausfallen. Zwar haben sich die Umsätze in fast sämtlichen Abteilungen erhöht, dagegen sind die Erlöse nach dem Geschäftsbericht schlechter geworden.

Die Lieferungen an die Reichspost haben zugenommen, wenn sie auch noch nicht den Stand der vorhergehenden Jahre erreicht haben. Auch das Privattelephongeschäft hat sich vergrößert, doch stand es unter erheblichem Preisdruck, so daß offenbar die Neuorganisation in der Schwachstromindustrie durch die Gründung des Schwachstromtrustes zunächst zu verschärftem Konkurrenzkampf geführt hat. Während auch die anderen Abteilungen des Unternehmens bei erhöhten Umsätzen günstig gearbeitet haben, ist überraschenderweise das Rundfunkgeschäft verlustbringend gewesen. Die Vermehrung weist in diesem Zusammenhang auf das starke Überangebot und die überstürzte Entwicklung in diesem Betriebszweig hin.

Der Rohgewinn stellt sich auf 3,5 gegen 3,47 Millionen Mark, während Unkosten mit 2,2 Millionen Mark etwas geringer als im Vorjahr ausgewiesen werden. Es verbleibt nach sämtlichen Abzügen ein Reingewinn von 110 000 Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Umsätze im laufenden Geschäftsjahr halten sich auf dem Stande des Vorjahres.

9 Proz. Dividende bei Berliner Metallhütten.

Das Berliner Metallhüttenunternehmen, Hüttenwerke Wilhelm Kasper, Niederschöneweide, das im vergangenen Jahre durch Verschmelzung des Dramenburger und Niederschöneweider Unternehmens entstand, hat aus dem Zusammenfluß iduellen Nutzen gezogen. So kann das vereinigte Unternehmen eine Dividende von 9 Proz. für das Geschäftsjahr 1929 zahlen, während im vergangenen Jahre die Hüttenwerke Wilhelm Kasper noch dividendenlos blieben und nur das Niederschöneweider Unternehmen eine Dividende von 10 Proz. ausschützte.

Der Geschäftsbericht weist auf die durch den Zusammenfluß erzielten Rationalisierungserfolge hin, die durch Neueinstellung der Produktion und Zusammenfassung der Verwaltung sich einer Senkung der Generalunkosten ausgewirkt hätten. Die Verarbeitung von Blehrückständen sei jetzt im Werk Niederschöneweide und die Verarbeitung von Kupferrückständen im Werk Dramenburg zusammengefaßt worden. Die Gesamtproduktion der neuen Gesellschaft stellte sich im vergangenen Jahr auf 37 167 Tonnen, wovon 31 393 Tonnen auf Fertigprodukte entfielen. Im neuen Geschäftsjahr ist der Auftragsbestand in den verschiedenen Abteilungen schwach. Während verschiedene Betriebe noch auf sechs Monate Aufträge zu verarbeiten haben, liegen für einzelne Fabrikate des Niederschöneweider Werkes Aufträge nur noch auf zwei Monate vor.

Auf dem Weg zur Lonfilinternational. Zwischen dem holländisch-deutschen Kuchener-Konzern und der amerikanischen Lonfilgruppe Werner Broders New York ist unter Kapitalbeteiligung der Amerikaner eine Verständigung über die gemeinsame Wahrung der Interessen zustande gekommen, die wahrscheinlich auch für die Einjähr ausländischer Lonfilme nach Deutschland von erheblicher Bedeutung sein wird.

Eine Rückgang der Breifertstellung im Monat Februar auf 65 Proz. des Vorjahres veranlaßte die Lonfilgruppe, die gemeinsam mit der Braunschweigischen Kohlenwerke L. G. Schmitz, die gemeinsam mit den Reichselektrizitätswerken und der Preussischen Elektrizität L. G. beherrscht wird.

Arbeiternot — Wirtschaftskrise.

Beratung des Handels- und Gewerbebeirats im Landtag.

Am Preussischen Landtag gab am Dienstag vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Jalk (Dem.) eine Erklärung ab, in der er die Behauptung des Abg. Kasper (Komm.), daß er bei seiner Rede zum Innenausschuß habe, der Arbeiter- und Soldatenrat in Köln habe sich aus Not zusammengesetzt, der plünderte, als unwahr bezeichnete.

Ohne Aussprache werden hierauf eine Reihe von Anträgen des Landwirtschaftsausschusses angenommen, die den Weinbau durch Förderung der Weinpropaganda, durch Schaffung einer Absatzorganisation, Einleitung einer Kreditaktion für die Weinberggenossenschaften, fördern wollen. Abgelehnt werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Anträge auf Erhöhung der Weinzölle, das Verbot des Verschmitts von ausländischen mit ausländischen Weinen und die Unterbindung der Einfuhr minderwertiger Auslandsweine. Die Abstimmung über den Antrag, die Winterkredite vollständig niederzuschlagen, ergibt die Beschlussunfähigkeit des Hauses.

In der sofort anberaumten neuen Sitzung beginnt die zweite Beratung des Handels- und Gewerbebeirats.

Handelsminister Dr. Schröder

stellt zunächst fest, daß die Beratung des Handelsbeirats in einem für die Wirtschaft des Landes sehr ungünstigen Zeitpunkt stattfindet. Besonders werde der Arbeitsmarkt belastet durch die steigende Zahl der Arbeitslosen.

Die Arbeitslosigkeit sei jedoch nicht allein auf die Rationalisierung zurückzuführen, sondern auf eine Minderungs der Gütererzeugung. Die Rationalisierung habe sich in bezug auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie günstig ausgewirkt. Vor allem sei es der außerordentliche Kapitalmangel, unter dem die Wirtschaft leide. Deshalb sei es nicht möglich, dem Ausland bei Bestellungen die gewünschten längeren Kredit zu räumen.

Es sei aber anzunehmen, daß nach Verabschiedung des Young-Plans sich die Lage bessert und die Aufnahme von Auslandsanleihen erleichtert wird. Hierbei dürften aber die Grenzen des Möglichen nicht überschritten werden. Auf alle Fälle müsse die Kreditaufnahme der Kommunen im Ausland organisiert werden.

Erfreulicherweise seien die Sparkasseneinlagen 1929 um 2028 Millionen auf 6016 Millionen gestiegen. Aber das sei immerhin erst ein Drittel der Vorkriegseinkünfte. Der Zugang bei den Sozialversicherungskassen und den privaten Lebensversicherungen hat im vergangenen Jahr 1200 bis 1300 Millionen betragen. Es käme für die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmungen nicht gleichgültig sein, ob eigenes Kapital zur Verfügung steht oder ob fremdes Geld gegen hohen Zins gebraucht werde. In bezug vornehmlich auf die Löhne seien hohe Zinsen von nicht geringer Bedeutung. Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren habe gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Die Entwicklung der Preise zeige eine fortschreitende Tendenz entsprechend der rückläufigen Konjunktur. Diese Preisentwicklung habe aber die deutsche Wirtschaft nicht ausreichend erleichtert, weil die Preisentwicklung auf den Welt-

märkten eine Parallele war. Immerhin habe sich der Anteil Deutschlands am Weltmarkt vermehrt, woraus ein Erfolg der bisherigen Handelspolitik zu erblicken ist. Doch sei vor einer vollständigen Währungsreform in Europa zu warnen, da die Gesamtkosten der Produktion gegenüber der Vorkriegszeit in keinem Lande so gestiegen sind wie in Deutschland. Hoffentlich werde nach Berücksichtigung des Young-Plans die vermehrte Aufnahme von Auslandskrediten zu einer Senkung des Zinsfußes und damit zu einer Belebung der Wirtschaft führen. Notwendig sei aber eine Entlastung der Wirtschaft durch umfassende Steuerentlastung. In dieser Hinsicht sei die Finanzpolitik des Reiches in den letzten Jahren wenig vorausschauend gewesen.

Abg. Lehmann-Hirschberg (Soz.):

Der Hinweis des Ministers auf das gewaltige Heer der Arbeitslosen war völlig berechtigt. Trotzdem bedauern wir, daß er hier im Plenum noch stärker als im Ausschuss

den Standpunkt der Arbeitgeber vertreten

hat. Es ist insbesondere bedauerlich, daß angesichts dieser Erwerbslosigkeit die Verabschiedung des Young-Plans immer wieder verschoben wird und man aus dem ewigen Krisenmachen nicht herauskommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der Annahme des Young-Plans ist der erste Schritt getan, um aus dem Teufel herauszukommen. Die Erwerbslosigkeit ist nicht zu bekämpfen mit Worten und Verhandlungen, sondern durch Handeln.

Es sind insgesamt mit Familienangehörigen rund 10 Millionen, die jetzt unter dem Arbeitsmangel leiden und die keine Unterhaltung, sondern Arbeit wollen.

Diese 10 Millionen leiden nicht nur am nötigsten Mangel, sondern werden langsam seelisch zermürbt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist unerträglich, daß diese Leute dann noch von Herrn Dr. Schacht bei volldringender Tafel anlässlich der sogenannten Schaffer-Wahlzeit in Bremen beschimpft werden. In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ hat ein Schmierist ein sogenanntes „Stempellied“ veröffentlicht, das von einer besonders niederen Gesinnung zeugt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Erwerbslosenfrage ist berechtigt und nicht abbaubar. Diese Opfer hat das rücksichtslose kapitalistische System, in erster Linie die Rationalisierung auf dem Gewissen. Auch wir leugnen nicht den Rückgang der Produktion. Aber es ist keine Kapitalbildung, sondern Kapitalverschwendung, wenn große Summen in Betriebe investiert werden zur Durchführung der Rationalisierung, und wenn dann diese Betriebe wegen Kapitalmangel stillgelegt werden müssen. Wir leugnen auch nicht eine Kapitalknappheit, die für gewisse Wirtschaftszweige zutrifft. Dennoch sind bis Ende 1929 rund 11 Milliarden neues Kapital gebildet durch Sparkasseneinlagen und Versicherungen. Dennoch gibt es auch eine ganze Reihe von Betrieben, die erhebliche Reserven und Rücklagen gemacht haben und die erhebliche Dividenden zahlen, wie zum Beispiel beim Braufkapital. Teilweise liegen die Dinge auch in anderen Branchen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Leider hat der Minister in seinen Ausführungen kein Wort gefunden gegen die landesverräterische Kapitalflucht, die von den Unternehmern mit dem angeblich zu hohen Steuerdruck entschuldigt wird.

Unter solchen Umständen einen Steuerumbau und eine Steuerentlastung fordern, kann also nichts anderes heißen, als die Steuern auf die Schultern der Armen abzuwälzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zu alledem müßte man den Arbeitern dann noch einen Lohnabbau zu. Das heißt also, die Krise auf Kosten der Arbeiter beseitigen. Dem Standpunkt der Unternehmer ist allerdings für Lohnerhöhungen noch niemals eine günstige Konjunktur gewesen. Dabei denkt kein Mensch an einen Abbau der hohen Direktorengehälter. Erst kürzlich hat Oberbürgermeister Udenauer von Köln einen Fall erwähnt, daß ein Großbetrieb jetzt statt 11 Direktoren wie in der Vorkriegszeit 26 Direktoren beschäftigt mit entsprechend größerem Gehalt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Als beim Zusammenschluß der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft vom Angestelltenrat der Vorstoß gemacht wurde, die Direktorengehälter auf 120 000 Mark zu begrenzen und dafür keine Angestellten abzubauen, wurde dieser Vorstoß abgelehnt. Hier vermissen wir das gute Beispiel. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Und Lohnabbau fordert man bei den Arbeitern trotz festgestellter Leistungssteigerung!

Seit 1927 ist die Produktionskraft um 11 Proz. gestiegen, der Lohnanteil aber nur um 9 Proz. Es ist ein grundlegender Irrtum, von einem Lohnabbau eine Beseitigung der Krise zu erwarten. Sie würde im Gegenteil nur noch eine Verschärfung herbeiführen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zum Schluß fordert der Redner weiteren Ausbau der Gewerbeaufsicht und unter Hinweis auf die Erwerbslosigkeit Beseitigung des Heberstundenwesens. Auf der Weltwirtschaftskonferenz habe Herr von Siemens die These vertreten, daß es notwendig sei, den Lebensstandard des Volkes zu heben. In dieser These bekämpfte die Sozialdemokratie seit langem, aber sie wisse auch, daß sie nur durch Durchziehung ihrer Forderungen Wirklichkeit werden kann. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

Ein Ministerialdirektor beantwortete hierauf eine sozialdemokratische Große Anfrage dahin, daß die Staatsregierung gewillt sei, in enger Verbindung mit der Reichsregierung die Auswirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen in der rheinisch-westfälischen Industrie zu mildern. Vor längerer Zeit sei durch Erlaß an die Regierungspräsidenten dafür gefordert worden, bei Stilllegungs- und Rationalisierungsmaßnahmen auch Gewerkschaftsvertreter zu hören.

Abg. Janssen (Dnt.) forderte Herabsetzung der Eisenbahnzölle und sprach sich gegen weitere Pläne bei der Gewerbeaufsicht aus. Der Young-Plan werde Deutschland auf Jahrzehnte verfluchen.

Abg. Altgoer (Z.) will durch eine Umstellung der Steuerpolitik Industrie, Handel und Mittelstand wieder konkurrenzfähig machen.

Abg. Heidenreich (D. Sp.) polemisiert gegen Abg. Lehmann (Soz.), der nur vom sozialpolitischen Standpunkt gesprochen habe. Hoffentlich bringe die Annahme des Young-Plans eine deutsch-französische Anleihe, die die Wirtschaft beleben werde.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Auf Antrag des Abg. Diet (Z.) sollen die Bestimmungen über die Weinbauanträge des Landwirtschaftsausschusses am Mittwoch wiederholt werden, da infolge eines technischen Mißverständnisses ein Teil der Anträge abgelehnt sei.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Handels- und Gewerbebeirat, Abstimmungen über den Innenausschuß.

Tubiläum

Kinder

Woche

Aus Anlass unseres 50. Kindertages

„Sonja“
schwarzbraun Doxal mit beige Kalbleder.
Gr. 31-35 10,90
Gr. 27-30 9,90



„Helga“
mittelbraun Doxal mit schwarzem Kalbleder. Gr. 31-35 9,90
Gr. 27-30 8,90



„Irene“
Lack, bequeme, pastorelle Form. Gr. 31-35 7,90
Gr. 27-30 6,90



„Narmi“
braun Doxal mit Weizenleder. Original-Goodyear-Welt. Gr. 30-39 14,90
Gr. 31-35 12,90



„Melanie“
kleiner Lack mit braunem Einsatz. Gr. 31-35 10,90, Gr. 27-30 9,90, Gr. 25-26 6,50, Gr. 23-24 5,90
Gr. 30-31 4,90

Kinder - Strümpfe na. Maß, vorzügl. halbbare Qualität. Gr. 4-11 95 Pfl. Gr. 4-7 85 Pfl. 45 Pfl. Gr. 1-3	Kniestrumpf knierichtig mit elastischem Flor-Jacquard-Überhang. Größe 7-11 20, 85 Pfl. Größe 3-6
Kinder - Strümpfe echt ägyptisch Maß. Spitze u. Farbe verleiht. besond. lang. Gr. 1 jede weit. Größe 10 Pfl. mehr	Kinder - Söckchen Das bevorzugte, preiswerte Weizenleder. Gr. 1 55 Pfl. 5 Pfl. mehr

Wir beschenken
100 000 Kinder
beim Einkauf von Schuhen

Geisler

Eberhard Buchner: John Miltons Berufung

John Milton, der vom Schicksal berufen war, später ein großer Richter zu werden, bezog 1625 im Alter von 16 Jahren die Unterstadt Cambridge und trat in das Christ-College ein. Er war ein schöner Junge, und wenn er durch die Gassen ging, blieben die Mädchen stehen, wisperten miteinander und sandten ihm sehnsüchtig verlangende Blicke nach. In düstern Vorden fiel ihm das blonde Haar auf die Schultern herab; die Wangen waren bleich, und die Augen blickten ernst und tief. Wenn er aber ein Lob hören mußte, eine freundliche Anerkennung und Zustimmung, so legte ihm eine zarte, feine Röte in das Gesicht, und wenn er sich schamhaft dieser Schwäche bewußt wurde, so erglühete ihm das Blut um so heißer, und seine Reize gewannen in dem gleichen Maße, in dem sich die unerschöpfte Verwirrung steigerte.

Milton war freundlich gegen jedermann, und er war kein schierer Einsiedler und Eigenbrötler. Trotzdem lag der Hauch einer jugendlich unbrüchigen Einseitigkeit um seine Tage, die keiner der Kameraden zu durchbrechen wagte. Er war den Freunden nah und doch fern, und sie empfanden diesen Widerspruch wie ein teils hohes, teils ärgerliches Wunderbegeben. Sie nannten ihn „Die schöne Jungfrau“, und wenn sie so sagten, so geschah es nicht leichtsin und ohne den Unterton einer lebendigen Empfindung, wie es wohl sonst beim Gebrauch allgemein üblicher Epithymen der Fall sein mag, sondern es lag in dem Wort Zärtlichkeit zugleich und widerstrebende Feindseligkeit, ein resigniertes Grenzzeichen und das Zugeständnis: Ich werde nie sein wie du, aber ich sende dir Gruß und herzlichste Mitgefühl in deine starre Ferne zu.

In einem heißen Sommertage hatte Milton mit einigen seiner Genossen einen längeren Spaziergang unternommen. Um die Mittagszeit, als die Sonne am dringlichsten herniederglühete, hatte man sich drei Schritte jenseit der großen Heerstraße gelagert, und Milton, der bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten pflegte, war, von der Müdigkeit übermannt, eingeschlafen. Die Kameraden vergnügten sich indessen im Busch, suchten Kräuter und Blüze und schienen einander überhand hartnäckige Scherze und Weisheiten auf, die ihnen im Laufe der letzten Tage zur Kenntnis gekommen waren. So beobachteten sie es kaum, als ein Bogen die Straße heranzog, um just an der Stelle halt zu machen, an der der schöne Schüler lag. Es war ein Gefährt wie es reiche Fremdlinge, die sich in die Unbegreiflichkeiten einer Postreise nicht zu schrecken wußten, zu benutzen pflegten, von zwei feurigen, mit buntgestickten Decken behangenen Rossen gezogen. Zwei kleine Räder vor zwei große hinten, und darüber trug ein weisses und luftiges Gebälge, das durch das aus högenmäßig gespannten gelben Holyseilen bestehende Gerippe seinen festen Halt, und durch das blaue, dunkelgold umrandete Zeltdach den farbenreichen Charakter erhielt. Auf dem Vorderfuß saß der Reiter, auf der Wagenbank aber, von der aus man hoch über des Reiters Kopf hinwegsehen konnte, throneten zwei Damen, zartgegliederte Aristokratinnen fremdartigen Wesens. Mutter und Tochter, wie es schien; denn beider Haar war dunkel und umschlingte in der gleichen edlen Weise, zu leichtgeduldeten Flechten aufgesteckt, die hohen Schläfen. Oder waren es Erzgebirginnen und Schülerin und die Keuchheit des Typs nur durch das beiden gemeinsame Vaterland zu erklären? Die jüngere der Damen mochte das 17. Jahr noch nicht erreicht, die ältere das 33. Jahr kaum überschritten haben.

Der Reiter war sich im unklaren darüber, weshalb er hatte anhalten müssen, und wandte sich nun mit frohem Blick zu seinen Gefährtinnen zurück. Das junge Mädchen hatte sich erhoben und deutete, in fremdem Idiom lebhaft auf ihre Begleiterin einredend, auf den schimmernden Jüngling. Ein kurzes Zwiegespräch, dann lächelte ein solcher Befehl zu dem Reiter hinunter, der gleich darauf dienstfertig zur Erde sprang und den Wagenschlag auftrieb.

Die Freunde Miltons waren inzwischen auf den Vorgang aufmerksam geworden und legten sich, von den beiden Schönen umgeben, im Busch auf die Bauer, begierig, was sich weiter begeben würde. Einer von ihnen, Henry Knox, pflegte später, wenn er den Vorgang erzählte, hinzuzufügen, daß er sich damals in seiner Dauscherrolle selbst recht wenig gefallen habe. Es sei ihm gewesen,

als wüßte er sich in etwas ein, das ihn ja im Grunde nicht das geringste anginge, und dieses Gesandnis ist wohl um so eigenartiger, als die Jugend in dieser Hinsicht in den damaligen Zeitläufen sicherlich nicht zurückführender war als heutzutage. Die Reue der jungen Leute verminderte sich auch nicht, als zunächst eine geraume Weile hindurch gar nichts geschah. Denn das Fräulein stand wohl minutenlang wie festgemurzt zu Häupten des schönen Knaben, dessen Lippen leicht geöffnet waren, und über dessen Antlitz ein weiches, vielleicht in seltsamem Traumleben beheimatetes Lächeln aufglänzte. Sie mußte Ort und Zeit vergessen haben, und ihre Augen ruhten wie unwillkürlich auf soviel jugendlicher, ihr fast unwirklich erscheinender Schönheit. Dann sprang sie mit raschem Entschluß zum Wagen zurück und setzte wieder mit Stifft und Souvenir, dem sie ein Blättchen entriß. Lächelnd schaute ihr die Freundin über die Schulter, und die im Gebüsch verborgenen Zeugen der Szene hielten den Atem an.

Der Stifft lag roch und sicher über das Papier. Aber als er den letzten Strich getan hatte, nahm von neuem der Geist jüngerer Unerschlossenheit von der liebreizenden Schreiberin Besitz. Sie schaute fragend die Genossin an, und erst als diese ermunternd nickte, entschloß sie sich, sich leicht zu dem Schlafenden herabzubiegen. Die eine seiner Hände hielt einen kleinen Strauß blauer Blüten mit festem Griff umspannt; die andere aber war leicht und zwanglos geöffnet, wie wenn sie sich selbst darauf gerichtet hätte. Die Gabe in Empfang zu nehmen, die die Günst der Stunde ihr zugebracht hatte. Mit zärtlicher Behutsamkeit hob das Mädchen den Stifft hin, und es war ihr einen Augenblick lang, als schloffen sich die Finger über ihn zusammen, um die Beute zu fassen und nicht mehr herauszugeben. Fast erschreckt richtete sie sich in die Höhe, und als die Begleiterin jetzt zum Aufbruch mahnte, wandte sie sich ohne Widerrede zum Gehen. Kurz, doch sie nach drei Schritten nochmals stuhlig wurde, stehen blieb, umkehrte, sich an der Seite des liegenden Jungen leicht auf die Knie niederließ und ihm schen und hingebend, wie sie glaubte, von keinem Menschen Auge beobachtet, einen Kuß auf die Stirn drückte.

Benige Augenblicke später rollte der Bogen davon. Als Milton erwachte, hatten die Räder, denen es oblag, die geheimnisvolle Schöne und ihre Begleiterin von einem Ende Englands zum anderen zu befördern, schon viele Meilen zurückgelegt. Er fand, verwundert zusammenschredend, den Stifft in seiner Hand und hörte die von harmlos lebenswürdigen Spott durchsetzten Berichte seiner Freunde. Er sagte kein Wort dazu und entäußerte mit seiner Einfaltigkeit die Genossin, die er auf diese Weise um das erwartete Vergnügen prellte, ihr pikantes Geheimnis nach Gebühr auszuwerten. Den Stifft aber verlor er tief in die Tasche seines Rockes, und so oft es nur irgend anging, schlich er sich von den anderen unbemerkt, auf die Seite, um ihn herauszuholen und die ihm unverständlichen Worte seinem Bewußtsein einzuverleiben. War er still und schweigsam, so besagte das nicht, daß eine Bestimmung von seiner Seele Besitz ergriffen hätte. Denn er fühlte sich reich beschenkt durch diesen Sommertag, und sein Herz schlug heilig und ungehulbt, als ginge er einem großen Glück entgegen.

Es vergingen Wochen, ehe Milton den Mut fand, einem seiner Lehrer unter Zuhilfenahme eines ihm dafür geeigneten erscheinenden Vorwandes den Stifft zur Uebersetzung vorzulegen. Er hatte Glück mit seiner Frage, denn er erhielt nicht nur, daß die Niederschrift in italienischer Sprache gehalten sei, sondern auch, daß es sich dabei um ein Zitat aus dem berühmten „Pastor fido“ Quarinis handelte. „Schöne Augen“, so klangen die Worte, „starbliche Gestirne, habt ihr, vom Schicksal geschlossen, mein Herz verwundet, wie groß muß eure Macht sein, wenn ihr euch öffnet!“

Von nun an aber verzehrte ein Feuer das Herz John Miltons, das Feuer der Sehnsucht nach der Geliebten und Knegekannte. Er lernte ihre Sprache, die Sprache Lassos und Petrarcas. Er walfahrte, von wildem Verlangen getrieben, in ihr Land, nach Genua, Venedig, Rom und Neapel. Er wurde ein großer Dichter, dessen Ruhm die ganze Welt durchdrang, nie aber fand er den Weg ins verlorenen Paradies.

tun dir jetzt etwas weh und im Kopf ist es dir dumpf und im Herzen... Rächend, lästernd, schwahrend, lachend führt dich der Menschenstrom über teppichbelegte Treppen hinaus ins Freie... Dort siehst du dir noch einmal die Bilder im Vorraum an, siehst die Hände in die Taschen und betastest plötzlich Sehnsucht nach den Bädern und den dampfenden Suppen der Heilsschweltern, wie du hinaustriffst auf die helle, laute, wübbewegte Straße...

Alfred Lorenz: Becher

Links, rechts, links, rechts, so geht das im müden Lott seit heute morgen der Front entgegen. Nur am Mittag eine kurze Kost. Jetzt ist es Abend. Neben mir marschiert Becher, seit gestern in der Kompanie. Er ist noch jung, 19 Jahre, noch unverbraucht.

Jetzt haben wir ein ehemaliges Dorf erreicht. Weiß der Teufel, wie das Rest einmal geheißen hat. Ist ja auch unwichtig, ist ja nicht mehr da. Nur ein paar Scheunen stehen noch; in die werden wir einquartiert. Und morgen geht's an die Front.

Wir werfen uns ins Stroh. Neben mir liegt Becher. Gedankenlos laue ich an meinem Stuhl Brot. Der alte Frontsoldat denkt nicht, wenn es nach vorn geht. Woju auch? Kann nur schaden. Da sehe ich etwas Unmohrscheinliches. Becher hat eine große Schlachtmur in der Hand. Woher hat der Junge die Mur? Ach, wohl noch von Muttern? Er bemerkt mein Erstaunen, nickt mit mir freudlichem Lachen ein Stück hin: „Da, Kamerad!“

Wie quillt der Junge aus! Wie frisch. Wie die todeslosen Zähne leuchten. Wäre doch schade, wenn der hops gehen sollte.

Dann kommen wir ins Gespräch. Er ist froh, mein mürrisches Schmelzen gedrohen zu haben und erzählt von Muttern, von seiner kleinen Pannierkammer, von den Bauern. Er erzählt ganz unbedungen, beinahe fröhlich. Und dabei geht es morgen an die Front. Wie jung der Bengel noch ist.

Dann schläft er ein. Er schläft ruhig und gesund. Ich lege noch lange nach. Mutter, Braut, — wie fern das alles schon war. Und jetzt stehen diese Bilder wieder lebhaft vor meiner Seele mit allen kleinen, lieben Einzelheiten. Dann werden sie undeutlicher, schwächer, lösen sich auf. Sie werden von einem Gedanken abgelöst: morgen geht es an die Front. Das paßt in die übliche Gedankenreihe. Ich höre den Rhythmus der harten Soldatenstiefel auf der Sandstraße: links, rechts, links, rechts. Das ist gewohnte Musik. Ich schlafe ein.

Am nächsten Tag liegen wir vorn im Graben. Der Junge hält sich immer an meiner Seite. So ein bißchen ängstlich ist er jetzt wohl doch. Na, was in meiner Nacht steht, will ich für ihn tun. Leider ist das nicht viel.

Gegen Abend wird es heftig. Der Frontmann drüben hat gute Referven, bereitet sich zum Angriff vor. Und wir müssen warten, warten, warten. Die Minuten, die Sekunden zerren an meinen Nerven. Die französische Artillerie beginnt sich einzuschleichen. Becher ist bleich, beißt aber die Zähne aufeinander. Lopez der Junge... Es beginnt gerade dunkel zu werden, da bricht die Hyde los. Trommelfeuer! Wir werden zu Moshinen. Nur Dedung, Dedung! Nur leben, leben, noch eine Sekunde, die nächste noch! Als wenn man auf Treibels von Scholle zu Scholle springt, so durchzieht man diese Sekunden. Noch kein Ende, noch kein Ende? Doch lebe ich, noch, noch: — — —

Einen Moment sehe ich hin zu Becher. Sein Gesicht ist verzerrt. Er hält sich immer an meiner Seite. Vom Graben keine Spur mehr, nur noch Lächer. In einem Augenblick wird auch das Licht im nächsten Moment voller Granatplitzer sein. Die Dinger muß man antommen hören, ahnen. Dann raus, raus um jeden Preis!

Da kommt so ein Ding. Hörst du es nicht, Becher? Das ist der Tod. So hoch singt er erst. Er wird um dich. Er sieht jung, zarte Surfschen. Hörst du ihn nicht, Becher?

„Raus!“ Ich schreie es, springe auf. Da schlägt es ein. Ich falle hin. Es drückt um mich. Mund, Nase, Augen, alles voll Sand. Aber ich lebe noch, lebe noch, lebe noch!

Ich kriege zurück dahin, wo wir lagen. Da liegt Becher auf dem Gesicht. Unendlich wehmütig liegt der Kopf zwischen den in der Verlängerung des Körpers ausgestreckten Armen. Und mitten im Hals ist die große Wunde, die der Granatplitzer gerissen hat. Ich will den Körper herumdehnen. Da fällt der Kopf zurück, als würde er nur noch von ein paar Sehnen gehalten. Ich weiß genug.

Ich höre nicht mehr den Kanonendonner. Ich möchte mich hinwerfen und weinen, immerzu weinen.

Da bricht der Höllenarm ab. Kostende Stille. Dann ein Schrei: „Tanks!“ Und da krauchen sie schon heran, die grauen Ungeheime. Ich bin wieder ganz klar. Leben will ich, leben, leben. — — — Leb wohl, Becher.

Es geht weiter, weiter, weiter. — — —

Warum ich diese Geschichte erzähle, die doch so gar nichts außerordentliches an sich hat? Ich will mich davon befreien. Sie quält mich. Ich muß immer denken, wir Aelteren hätten das alles verhindern müssen.

Seit wann gibt es Sonntage?

Diese Frage ruhet natürlich sonderbar an, da wir so an Sonn- und Werktag gewöhnt sind, daß man glauben möchte, das müsse immer so gewesen sein. In Wirklichkeit ist der Sonntag aber erst durch Kaiser Konstantin im Römischen Reich gesetzlich eingeführt worden. Am 7. März des Jahres 321 wurde der Sonntag zum erstenmal als öffentlicher Ruhetag durch folgendes Gesetz proklamiert: „Alle Richter, Stadtväter, jegliches Handwerk soll am hochgeehrten Tage der Sonne ruhen. Die Leute auf dem Lande mögen erlaubnißmäßig dem Ackerbau nachgehen, da sich zuweilen für die Saat des Getreides und das Einsehen der Reben kein passenderer Tag findet. Es möchte sonst am Erde in einem Augenblick die vom Himmel gebotene Gelegenheiten verpaßt werden.“

Dieses durch das Christentum verursachte Gesetz ersetzte Kaiser Konstantin, bevor er selbst Christ wurde. Der Sonntag lebte sich in der Folge so tief im Denken und Leben der Völker ein, daß es z. B. der Französischen Revolution nicht gelang, ihn auszumergen. Wie viele Emigranten, so lehrte auch der Sonntag aus dem Ausland nach Frankreich zurück. Allerdings bemüht sich die Herrschaft der Sowjetrepublik ebenfalls, den Sonntag zu verdrängen. Ob sie oder mehr Erfolg haben werden als die französischen Revolutionäre, bleibt abzuwarten.

Kurune: Arbeitsloser geht ins Kino...

Man trifft dich irgendwo auf der Bank vor einer Lichtsäule, Kopft dir wohlwollend auf die Schulter und fragt dich: „Böhm geht du?“ Du antwortest gleichmütig: „Nach Hause!“

Dabei sieht dein Gesicht ganz grau aus. Dann gehst du roch fort, und man sieht dir melancholisch nach...

Manchmal antwortest du auch: „Ich warte hier auf jemand!“ Deine Stimme klingt etwas verlegen. Auf wen sollst du hier warten? denkt man. Wer könnte zu dir kommen? Ein Mädchen? Wohin sollst du es führen? Ueberlege dir das mal! Aber man sagt dir das nicht, man denkt es nur, steht mit dir noch zehn Minuten an der Ecke, wirft einen Blick auf die Normaluhr, schüttelt den Kopf, springt auf einen vorbeifahrenden Autos und ruft dir noch zu: „Na, viel Vergnügen denn!“ Manchmal aber antwortest du auch mit einem leisen Aufatmen in der Stimme: „Ich gehe ins Kino!“

Das Kino ist die freundlichste Station zwischen den Ringbahnhöfen deines eingeleiteten Lebens. Hier hast du zwei Stunden Aufenthalt bis zur Weiterfahrt in trostlose Gegenden, wo dein Lebensstern irgendwo weiter abblüht...

Das Kino ist für dich soviel wie der Speiseaal der Heilsarmee. Wie nach der dampfenden Suppe der singenden Schweltern hast du Hunger nach einer Dunkelheit, die wohltau, und nach ein wenig Kunst im Dunkel und nach einem lochenden Gesicht auf der Leinwand. Du willst dasitzen wie geborgen, und es soll dir sein, du hästest einen neuen Anzug an und lännstest morgen wieder zur Arbeit gehen. Du willst für zwei Stunden die Welt stehen, die für dich eine lange Straße ist und eine ungewöhnliche Schlafstelle... Deine Flucht beginnt mit einem Fluch, mit dem du ein Buch fortgeschleudert und vom Sofa auffpringst. Dann legt ein narobies Herumfischern in allen Westen und Hosenstücken ein: Zehn, zwanzig, dreißig... Na, wird's bald? Dreißig Pfennige, vierzig, weiter oben: fünfzig, fünfundsünfzig, Herrgott, fünfundsünfzig, zum Teufel, fünfundsünfzig, letzter Griff, Gott sei Dank: Sechzig Pfennige!

Deine Flucht ist finanziert. Es geht nun eilig über viele Treppentufen auf die Straße hinaus und alles übrige wird sich programmäßig ab. Es gibt ja Beute, die fahren an zwanzig Autos vorüber, weil sie ein bestimmtes Stück mit einem bestimmten Schauspiel in einer bestimmten Rolle sehen wollen; du gehst nicht zu ihnen. Du gehst in das Kino, wie es dir am Wege liegt. Vielleicht beschaffst du vor dem Kino noch die ausgehängten Bilder, und wenn zwei Autos in der Nähe sind, entscheidetst du dich für den Film, den Herren im Frack und Damen in Abendkleidern spielen.

Dann läßt du erst mal am Schalter dein Geld. Ein Mann reißt die eine Ecke deines Billets ab, ein Mädchen mit einer weißen Haube auf dem hübschen Kopf fragt: „Programm gefällig?“. Öffne den Vorhang und läßt eine Taschenlampe aufblitzen: „Hier ist noch ein Platz bitte!“ Du folgst ihr etwas unbeholfen und starrst für Sekunden auf die tauchlampenleuchtenden Beine des vor dir herdreitenden Mädchens. Du bekommst Herz klopfen. Dir ist ganz komisch. Aber da sitzt du schon. Ganz still.

Deine Flucht ist geglättet. Du bist geborgen. Du weißt bald nicht mehr, wer du eigentlich bist, du denkst, du hast einen schönen Anzug an und zu Hause hängen noch andere im Schrank. Du denkst, du kommst nachher, wenn du Lust hast, im Auto nach Hause fahren, nein, nicht nach Hause, sondern erstmal in ein großes Restaurant, um Abendbrot zu essen. Du kannst denken, solange es dunkel ist, was du willst. Sogar: daß das junge Mädchen an deiner Seite deine Braut ist.

Und dann ist plötzlich das Ende da. Du hast es schon mit Bangen nahen sehen. „Jetzt kriegen sie sich gleich!“ dachtest du, „jetzt ist gleich alles aus. Es wird hell und man ist wieder der alte!“

Du müdestest einen Blick von dem Mädchen neben dir erhaschen, du müdestest die Kleine ansprechen, mit ihr irgendwohin gehen, vielleicht auf den Rummelplatz, aber der Strom der Kinobesucher trennt euch. Es wäre auch nichts daraus geworden. Die Augen

